



Blattelstättiger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 15 Sgr. — Inserationsgebühr für den Raum einer sechsstelligen Zeile in Petitdruck 2 Sgr.

Erpedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Beförderungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 32. Mittag-Ausgabe.

Fünfundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Dinstag, den 20. Januar 1874.

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

30. Sitzung des Abgeordnetenhauses (vom 19. Januar).

11 Uhr. Am Ministerpräsidenten Leonhardt, Falk und Graf zu Eulenburg. Vom Kultusminister sind eingegangen der Entwurf eines Gesetzes betreffend die Declaration und Ergänzung des Gesetzes vom 11. Mai 1873 betreffend die Vorbereitung und Anstellung von Geistlichen und der Entwurf eines Gesetzes betreffend die Verwaltung erledigter katholischer Pfarren; ferner vom Handelsminister der Nachweis über die Verwendung der Fonds pro 1872 zu unvorhergesehenen und außerordentlichen Ausgaben.

Vor dem Eintritt in die Tagesordnung verlangt der Abg. v. Schorlemer-Mest: Ich war in der Sitzung vom 16. Januar nicht im Saale anwesend, als der Herr Ministerpräsident einige Bemerkungen gegen mich machte, konnte dieselben also nicht widerlegen. Die „Spenerische Zeitung“ sagt nun ich hätte mich absichtlich einer Debatte entzogen; dies erkläre ich hiermit als eine lächerliche Verleumdung, ich habe weder gewußt, daß der Herr Ministerpräsident hierherkommen, noch daß er gegen mich Bemerkungen machen würde. Ich habe mir heute das Wort erbeten, um einige irrtümliche Thatsachen zu berichtigen. Der Herr Ministerpräsident hat gesagt, ich hätte seine Rede vom 17. December gar nicht gelesen. Das ist ein Irrthum; ich habe den stenographischen Bericht derselben vor mir liegen gehabt und Einiges wörtlich daraus vorgelesen. Ferner soll ich gesagt haben, „ein Mann, dessen Vergangenheit mit solchen Thatsachen belastet ist, verdiene keinen Glauben.“ Ich habe von der Glaubwürdigkeit gar nicht gesprochen, sondern gesagt, „wie kann ein Mann, dessen Vergangenheit mit solchen Thatsachen belastet ist, es wagen, gegen die katholischen Bischöfe den Vorwurf des revolutionären Verbalens erheben.“

Dann widerlegte der Herr Ministerpräsident etwas, was ich nicht gesagt habe; ich erkläre mir dies daraus, daß er nicht den stenographischen, sondern einen Zeitungsbericht, vielleicht aus der Norddeutschen Allgemeinen, vor sich hatte. Ich soll gesagt haben, daß die ungarischen und dalmatischen Regimenter zum Aufstand haben auffordern lassen, und hätte keine Thatsachen dafür angeführt. Ich will zum Beweise dieser Thatsachen nicht den italienischen General Gobone citiren, dessen Depeschen ja apokryph genannt worden sind, sondern Herrn von Klobom. (Klobom verliest einige Stellen aus den Depeschen des letzteren Diplomaten.) Wenn Fürst Bismarck in Betreff der ungarischen Legion fragte, was ich davon dachte, wenn in einem Kriege zwischen Frankreich und Deutschland, den Gott verhüten möge, aus deutschen Kriegesgefangenen etwa eine päpstliche Legion gebildet und gegen Deutschland geführt werden sollte, so antwortete ich: ich würde das stets und immer ein revolutionäres Gebahren nennen. Auf die persönlichen Angriffe, die in dem Saale gipfelten: „Wenn ich so wenig von der Welt wüßte, wie der Herr Vorredner, würde ich weniger oder weniger zurechtfinden“, erwidere ich nichts. Es kam ja sein, daß bei andern eine derartige Aeußerung eine große Wirkung hervorbringt, wie ja ein Mitglied des Herrenhauses erklärt hat, daß es sich vor einem Einspruch des Fürsten einfach zurückziehe. Ich werde an der Debatte theilnehmen, unter der ich 12 Jahre lang als Offizier gedient und unter Sr. Majestät Führung die Revolution in Baden bekämpft habe: Timere nescio!

In einer anderen Angelegenheit verlangt ebenfalls vor der Tagesordnung der Abg. Berger (Witten) das Wort: Ich will einen Gegenstand anregen, der in formeller Beziehung zur Kompetenz des Gesamtvorstandes gehört, sachlich aber von hoher Bedeutung für das ganze Haus ist. Am Sonnabend haben die Seher in der Moerschen Offizin, welche ausschließlich die Druckmaschinen für dieses Haus herstellt, in unerwarteter Weise die Arbeit eingestellt. Sie verlangen für ein Druckstück, welches der Druckereibesitzer gemäß Contract für 1 1/2 Thlr. herstellen muß, einen Preis von 7 1/2 Thlr., also das Vierfache. Als der Druckereibesitzer eine solche übertriebene Forderung nicht erfüllen wollte, gaben sie ihm bis 1 Uhr Mittags Bedenkzeit. Herr Moers kam 1 Uhr 10 Minuten zurück; zu dieser Zeit hatten bereits sämtliche die Arbeit eingestellt und hinterlassen, daß sie sich in corpore nach Tivoli, dem bekannten Bierhause, begeben und dort die Antwort ihres Prinzipals abwarten wollten. Herr Moers, der sich in vollkommener Abhängigkeit von seinen Sehern befindet, entschloß sich, trotzdem er die Forderung für übertrieben hielt, doch Angesichts der Arbeitseinstellung sie zu bewilligen. Ich habe mich nun erkundigt, ob vielleicht der Verdienst der Seher ein zu geringer sei und erfahren, daß der Seher 17 bis 20 Thlr. per Woche verdient, daß dieser Satz oft erheblich überschritten wird; z. B. vom 2. bis 8. Januar, also in 6 Arbeitstagen, haben 36 Seher 1074 Thlr. 12 Sgr., also pro Kopf ca. 30 Thlr. verdient. Sie werden mit mir einverstanden sein, daß bei einem solchen Verdienste die Arbeiter zu einem solchen Verfahren moralisch nicht berechtigt waren.

Um 5 Uhr kam eine Deputation und überreichte folgendes Ultimatum: 1) Bewilligung des Satzes von 7 1/2 Thlr.; 2) Bewilligung von 10 pCt. Entschädigung für das Heraus- und Herunterholen des Satzes und Manuskriptes aus dem Parterrelocale in den oberen Saal; 3) Entschädigung der etwaigen Wartestunden; 4) Auszahlung der Rechnungen ohne Vorbehalt. (Der Druckereibesitzer bezieht sich nämlich vor, die von den Sehern selbst aufgestellten Rechnungen nachträglich zu controliren.) Falls diese Forderungen nicht erfüllt würden, sollte am Montag definitiv mit der Arbeit aufgehört werden. Die Conditionen 1 und 3 wollte Herr Moers bewilligen. — Bei dieser Lage kam das Haus in eine nicht geringe Verlegenheit durch das Ausbleiben der Druckmaschinen. Ich glaube aber, es ist viel besser, eine Zeitlang uns anders zu behelfen oder auch für einige Zeit mit neuen Druckmaschinen in Rückstand zu bleiben, als dem Lande das böse Beispiel zu geben, daß wir Ansprüche gewähren, denen jede sittliche Berechtigung fehlt. (Beifall.)

Präsident v. Bennigsen. Das Bureau hat mit den Sehern direct nichts zu thun; sollten die Differenzen dahin führen, daß der Druckereibesitzer wegen gesteigerter Löhne kein Geschäft nicht weiter fortsetzen kann, so hoffe ich, daß eine Einrichtung getroffen werden kann, welche die ununterbrochene Fortführung des Druckes ohne wesentliche Schädigung ermöglicht. Das Haus setzt nunmehr die dritte Berathung des Civilehegesetzes fort. Dem § 24 („Eine bürgerlich gültige Ehe kann nur in der durch dieses Gesetz vorgeschriebenen Form geschlossen werden“) wird auf den Antrag v. Mallindrodt's hinzugefügt: „Der bürgerliche Act darf nicht in der Kirche oder in Verbindung mit irgend welcher kirchlichen Handlung stattfinden.“

Der § 29 schreibt die Bekanntmachung des Aufgebotes, wenn einer der Orte, an welchem dieselben zu erfolgen hat, außerhalb Preussens gelegen ist, durch Einrücken in ein Blatt vor, das an dem ausländischen Orte erscheint oder verbreitet ist. Die Eheschließung sollte nach den Beschlüssen der zweiten Berathung nicht vor Ablauf einer Woche nach dem Tage der Ausgabe der betreffenden Zeitungsnummer zulässig sein; heute wird auf den Antrag von Miquel u. Gen. der Zeitraum bis zur zulässigen Eheschließung auf zwei Wochen ausgedehnt.

Der § 32 wird auf Antrag des Abg. v. d. Goltz in folgender Fassung angenommen: „Im Falle einer ärztlich bescheinigten lebensgefährlichen Krankheit, die einen Aufschub der Trauung nicht gestattet, ist der Standesbeamte befugt, auch ohne Aufgebot Eheschließung vorzunehmen.“

Die §§ 34–36, welche von dem Aufgebote, von der Form der Eheschließung und deren bürgerlichen Gültigkeit handeln werden, vorläufig zurückgestellt. § 37 wird nach Miquel dahin amendirt: „Ist eine Ehe getrennt, für ungültig oder für nichtig erklärt worden, so hat das Ehegericht (nicht die Staatsanwaltschaft, wie in zweiter Berathung beschlossen war) zu veranlassen, daß dies auf Grund einer mit der Vertheilung der Rechtskraft versehenen Ausfertigung des Urtheils am Rande der Heirathsurkunde eingetragen werde.“

Ferner § 38: Jeder Sterbefall ist spätestens am nächstfolgenden Tage dem Standesbeamten des Bezirks (nicht „Orts“), wo der Tod erfolgt ist, anzuzeigen. Der letzte Absatz des § 40, welcher die Bestimmungen bezüglich der Geburtsregister auf die Anzeige der Sterbefälle ausdehnt, wird folgendermaßen gefaßt: „Findet eine amtliche Ermittlung über den Todesfall statt, so erfolgt die Eintragung des Sterbefalles auf Grund der schriftlichen Mittheilung der zuständigen Behörde.“

§ 41 hatte in zweiter Lesung folgende Fassung erhalten: Die Eintragung

des Sterbefalles soll enthalten: 1) Vor- und Familiennamen, Alter, Stand oder Gewerbe, Wohnort und Geburtsort des Verstorbenen; 2) Vor- und Familiennamen seines Ehegatten, oder Vermerk, daß der Verstorbene ledig gewesen sei; 3) Vor- und Familiennamen, Stand oder Gewerbe und Wohnort der Eltern des Verstorbenen; 4) Ort, Tag und Stunde des erfolgten Todes, soweit diese Verhältnisse bekannt sind; 5) Ursache des Todes soweit dieselbe amtlich ermittelt oder anderweitig bekannt ist; 6) Vor- und Familiennamen, Alter, Stand oder Gewerbe und Wohnort des Anzeigenden.

Abg. v. d. Goltz beantragte, Nr. 5 dieses Paragraphen zu streichen, Abg. Philippi, nach Beseitigung der Nr. 5 folgende Resolution zu beschließen: Die königliche Staatsregierung wird ersucht, in der für die Standesbeamten zu erlassenden Instruction anzuordnen: daß diese Beamten verpflichtet sind, zum Zweck statistischer Nachweise, neben dem Sterberegister ein Register zu führen, aus welchem die Ursache des Todes jedes Verstorbenen, soweit dieselbe amtlich ermittelt oder anderweitig bekannt ist, ersehen werden kann.

Abg. Philippi motivirte seinen Antrag mit Hinweisung auf den dem Gesetze heterogenen Zweck, der mit der in Nr. 5 enthaltenen Bestimmung beabsichtigt wird und führt aus, wie auf dem in der beantragten Resolution bezeichneten Wege dieser Zweck besser erreicht werden könne.

Abg. Virchow macht auf die große Umständlichkeit des vom Vorredner vorgeschlagenen Verfahrens aufmerksam und hat dagegen auch das prinzipielle Bedenken, daß durch das Gesetz die Regierung gar nicht befugt sei, solche spezielle Anforderungen an die Standesbeamten zu stellen; wenigstens gehören diese Anforderungen nicht in die Kategorie derer, die zu stellen der Minister durch das Gesetz allein ermächtigt ist, d. h. derer, die zum Vollzuge des Gesetzes nöthig sind. Der Einwand, daß die im Gesetze vorgeschriebene Eintragung keine wissenschaftliche Evidenz ergeben könne, treffe jedes Gebiet der Statistik in demselben Maße, die man dann also ganz abschaffen müßte. Redner spricht bei dieser Gelegenheit die Erwartung aus, daß die Regierung nach dem Beispiel der sächsischen dem Mangel jeder regelmäßig geordneten Todtenschau und der damit verbundenen Obduktion auf dem Wege der Gesetzgebung bald abhelfen werde, wodurch dann auch die Zurechtfindlichkeit der in Rede stehenden Position in den Standesregistern mit jedem Jahre zunehmen werde.

Abg. v. d. Goltz begründet seinen Antrag mit der Unberücksichtigung der auf dem im Gesetz bezeichneten Wege zu machenden statistischen Nachweise, die also nicht den geringsten Werth haben würde. Die Nr. 5 dieses Paragraphen habe wohl überhaupt ihren Ursprung einer gewissen Schwärmerei für Statistik zu verdanken.

Regierungs-Commissar v. Schelling erklärt, daß die Regierung aus dem Theil schon ausgeführten Gründen mit den Anträgen v. d. Goltz und Philippi einverstanden sei. Es werde durch solche Bestimmungen wie der in Nr. 5 enthaltene die Reinheit des dem Gesetze zu Grunde liegenden Gedankens nur gestört, ohne daß auf der anderen Seite der statistische Zweck erfüllt werden könne. Das Haus könne der Regierung die Wahl der Mittel, statistische Nachweise zu erreichen, selbst überlassen. Auch der Zweifel, ob die in Nr. 5 bezeichnete Todesursache zu den Thatsachen gehöre, welche nach § 10 die zu ihrer Beurkundung bestimmten Standesregister beweisen, würde besser durch die Streichung dieser Nummer vermieden.

Abg. Richter (Sangerhausen) beantragt im Namen der Petitions-Commission, im Anschluß an die Diskussion über den § 41 folgende Petition des Vorstandes des Niederrheinischen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege zu erledigen: Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: die Erlaubnis zur Verordung wird nur auf Grund eines von einem approbirten Arzt ausgestellten Attestes erteilt, nur ausnahmsweise ist die Bezirksregierung ermächtigt, auch anderen Personen die Ermächtigung, diese Atteste auszustellen, zu erteilen. Im Sinne der Petenten spricht sich Redner gegen die Streichung der Nr. 5 aus und beruft sich auf die bisherige Praxis, nach welcher in ähnlicher Weise die Todesurachen in das Kirchenbuch aufgenommen worden seien, ohne daß dadurch Unzuträglichkeiten entstanden.

Bei der Abstimmung wird dem Antrage von der Goltz gemäß die Nr. 5 gestrichen, die von Philippi beantragte Resolution abgelehnt und der Antrag Richter (Sangerhausen) die erwähnte Petition mit der Diskussion über § 44 für erledigt zu erklären, angenommen.

Den § 47 „Von der Berichtigung des Standesregister“ haben Baehr und Raangeth in einer vollständig neuen Redactionsform vorgelegt, welche dem Hause abgelehnt wird. Dagegen wird der Absatz 2 des § 47 nach Miquel und Genossen abgeändert, so daß § 47 nunmehr so lautet: Die Berichtigung einer Eintragung in dem Standesregister darf nur erfolgen, wenn dieselbe durch ein gerichtliches Urtheil geboten ist, oder wenn die Berichtigung eines Irrthums von Amtswegen oder auf Antrag eines Beteiligten durch den zuständigen Aufsichts-Beamten angeordnet wird. Derselbe hat in den beiden letzten Fällen zuvor die Beteiligten zu hören und zu diesem Zwecke geeignetenfalls eine Aufforderung durch ein öffentliches Blatt zu erlassen. Wird von einem Beteiligten gegen eine beantragte Berichtigung Widerspruch erhoben, so ist der Antragsteller auf den Rechtsweg zu verweisen. Die Berichtigung erfolgt durch Beschreibung eines Vermerkes am Rande der zu berichtenden Eintragung. Die Berichtigung kann solchen Beteiligten, welche demselben nicht zugestimmt haben, nicht entgegengezeigt werden.

Die Diskussion wendet sich an dieser Stelle zu den §§ 34–36 zurück. § 34 lautet: „Die Eheschließung der Ehe erfolgt in Gegenwart von zwei Zeugen durch die an die Verlobten einzeln und nach einander gerichtete feierliche Frage des Beamten, ob sie erklären, daß sie die Ehe mit dem gegenwärtigen andern Theile eingehen wollen, durch die bejahende Antwort der Verlobten und durch den hierauf erfolgenden Ausdruck des Beamten, daß er sie nunmehr kraft des Gesetzes für rechtmäßig verbundene Geleute erkläre. Verwandtschaft oder Schwägerschaft zwischen den Beteiligten und den Zeugen, oder zwischen den Zeugen unter einander, steht deren Zuziehung nicht entgegen.“

Abg. Miquel beantragt den letzten Satz dieses Paragraphen hier zu streichen und mit einem Zusatz als neuen § 35 folgendermaßen einzufügen: „Als Zeugen sollen nur großjährige Personen zugezogen werden. Verwandtschaft und Schwägerschaft zwischen den Beteiligten und den Zeugen, oder zwischen den Zeugen unter einander steht deren Zuziehung nicht entgegen.“

§ 36 lautet: „Die in das Heirathsregister einzutragende Heirathsurkunde soll enthalten: 1) Ort und Tag der Eheschließung; 2) Vor- und Familiennamen, Alter, Stand oder Gewerbe, Geburts- und Wohnort der die Ehe eingehenden Personen; 3) Vor- und Familiennamen, Alter, Stand oder Gewerbe und Wohnort ihrer Eltern; 4) Vor- und Familiennamen, Alter, Stand oder Gewerbe und Wohnort der zugezogenen Zeugen; 5) die auf Verlangen des Beamten abgegebene Erklärung der Verlobten, sowie die erfolgte Verkündigung ihrer Verbindung.“

Abg. Miquel beantragt den Zusatz: „Mit bewirkter Eintragung der Eheschließung in das Heiraths-Register erlangt die Ehe bürgerliche Gültigkeit.“

Abg. v. Gerlach: Es wird hier immer von der kirchlichen Trauung nach dem Civilekte gesprochen; dieser Ausdruck ist dunkel; denn eine Trauung kann nicht mehr stattfinden. Im Interesse der evangelischen Geistlichen, die sich nicht auf juristische Spitzfindigkeit verstehen, muß darauf aufmerksam gemacht werden.

§§ 34–36 werden nach dem Vorschlage des Abg. Miquel verändert angenommen.

Der Abg. Wachler (Dels) beantragt folgenden neuen § 50 einzufügen: „Für die Mitglieder des königlichen Hauses und des Hohenzollernschen Fürstenhauses hat der Minister des königlichen Hauses die Verrichtungen des Standesbeamten wahrzunehmen. Die Art und Weise der Führung, sowie der Aufrechterhaltung der betreffenden Register wird durch königliche Anordnung bestimmt.“

Auch im französischen Gesetz sei eine solche Bestimmung enthalten, die man der Rücksicht auf die hohe Stellung des königlichen Hauses schuldig sei.

Geh. Rath v. Schelling. Nachdem durch die Abänderung der §§ 2 und 6 die Wahl der Standesbeamten beschränkt und es also nicht mehr möglich ist, im Verwaltungswege einen besonderen Beamten für das königliche Haus anzustellen, so ist dieser neue Paragraph die einfache Consequenz und die Staatsregierung erklärt sich vollkommen mit ihm einverstanden.

Der Paragraph wird darauf mit sehr großer Majorität (dagegen Centrum und Polen) angenommen.

Bei § 50 spricht Abg. Respondez sein Bedauern darüber aus, daß die Polen bei dieser wichtigen Frage in der allgemeinen Discussion nicht zum Wort gekommen seien; dann würde Herr Laszler auch den Grund erfahren haben, weshalb die Polen immer mit dem Centrum stimmen. Sie gehen immer mit denjenigen, die für Recht und Wahrheit kämpfen (Bewegung im Hause); sie sind die Nachkommen der Vorfahren, die lieber einen ehrenhaften Tod erlitten, als ihre Ueberzeugung aufgaben. (Der Redner wird durch den Präsidenten verhindert, sich noch weiter in allgemeinen Erörterungen zu ergoßen.)

Zu § 51 (Inkrafttreten des Gesetzes) bemerkt v. Mallindrodt: Der Act der Civileheschließung erfordert nicht nur einen Tag, sondern mehrere Wochen; es ist aber nirgend gesagt im Gesetze, daß ein Uebergang stattfinden soll. Da nun die kirchlichen Aufgebote ihre Gültigkeit verlieren, so muß ein Vacuum von 3–4 Wochen oder ein noch längeres eintreten, in welchem gar keine Ehen geschlossen werden können. Wieder ein Zeichen der Leichtfertigkeit, mit welcher jetzt Gesetze gemacht werden und ein Beweis dafür, was herauskommt, wenn man Tendenzgesetze macht und nicht ruhig das Bedürfnis des Volkes erwägt.

Justizminister Dr. Leonhardt: Die von Herrn v. Mallindrodt erwähnten Schwierigkeiten sind gar nicht zu vermeiden, auch wenn jemand größere Sorgfalt auf Ausarbeitung des Gesetzes legte wie wir. Uebrigens sind diese Schwierigkeiten nur theoretisch, praktisch nicht, indem ja das Gesetz gestattet, daß das Aufgebot durch königlichen Dispenz wegfallen kann, was jedenfalls sehr leicht eintreten wird, wenn das Aufgebot schon in kirchlicher Weise gehörig vollzogen worden ist.

Abg. Miquel beantragt als Termin für das Inkrafttreten des Gesetzes den 1. October 1874 festzusetzen. In Rücksicht auf die etwas eilige Abfassung und Verathung des Gesetzes sei es geboten, einen etwas weiteren Termin für die Wirksamkeit des Gesetzes in Aussicht zu nehmen, damit wenigstens die Ausführungsarbeiten mit der gehörigen Sorgfalt vollzogen werden können. Auch seien diese so umfassender Art, daß eine geraume Zeit durch sie beansprucht werde.

Justizminister Dr. Leonhardt: Das Gesetz ist keineswegs übereilt und ebenso wenig die Verathung desselben. Ich wüßte nicht wie in demselben hätte anderswo disponirt werden sollen. Verschiedene Ansichten sind nur in Betreff der Behördenorganisation laut geworden.

Abg. v. Mallindrodt: Eine Ueberholung in der Abfassung des Gesetzes hat wohl stattgefunden. Sonst hätte man doch die einfachere Bestimmung vorziehen müssen, daß die bis zu einer gewissen Frist vollzogenen kirchlichen Aufgebote gültig sein sollen, statt daß man dann durch eine Art von Generalarrest die Sache regeln will.

Justizminister Dr. Leonhardt: Der von mir vorgeschlagene Weg genügt jedenfalls. Das ganze Unglück wäre nur, daß jemand 14 Tage später zur Trauung kommt. Die Brautleute wissen ja, wann das Gesetz in Kraft tritt und können dann ihre Vorbereitung zur Eheschließung früher oder später treffen.

Der Referent der Budgetcommission Abgeordneter Riesecke berichtet darauf über folgende zwei Anträge, die der Commission zur Verathung überwießen waren.

Antrag Benning: Nach § 51 folgenden Paragraphen einzuschalten: Die Pfarrer und sonstigen Kirchendiener, welchen die Beurkundung der Geburten, Heirathen und Sterbefälle oder eine Mitwirkung dabei bisher zustand, erhalten für den Verlust der daraus bezogenen Einnahme eine Entschädigung aus der Staatskasse. Ein besonderes Gesetz wird diese näher regeln.

Antrag v. d. Neck: Die Staatsregierung zur schleunigen Vorlegung eines Gesetzes aufzufordern, nach welchem 1) den Geistlichen (Pfarrern) und Religionsdienern für diejenigen Einnahmen, welche ihnen bis dahin aus den Stelgebühren für Taufen, Trauungen und Verordnungen erwachsen sind, ein entsprechender Ersatz aus Staatsmitteln gewährt wird; 2) die Eingepfarrten von der Verpflichtung für Taufen, Trauungen und Verordnungen Stelgebühren zu entrichten, entbunden werden.

Außerdem liegen noch folgende auf diesen Gegenstand bezügliche Anträge vor:

Antrag Miquel: Die Staatsregierung aufzufordern, die den Geistlichen und Kirchendienern durch die Bestimmungen dieses Gesetzes in ihren Einnahmen entstehenden Verluste ermitteln zu lassen und entsprechend dem Ergebnisse dieser Ermittlung bei Vorlegung des Etats pro 1875 Vorfürge für eine Entschädigung zu treffen, in dringenden Fällen aber auch schon im Jahre 1874 aus den der Staatsregierung zu Gebote stehenden Mitteln Abhülfe zu gewähren.

Antrag v. Wisingerode: die Staatsregierung aufzufordern: nach Einführung des Gesetzes über die Beurkundung des Personenstandes und die Form der Eheschließung ohne Zeitverlust die erforderlichen Ermittlungen darüber anzustellen, ob und welche Verluste in Folge desselben den einzelnen Pfarrstellen erwachsen und demnach dem Landtage behufs angemessener Schadloshaltung der letzteren die geeigneten Vorschläge zu machen.

Referent Riesecke berichtet, daß in der Commission der Regierungs-commissar erklärt habe, daß in geeigneten Fällen eine Entschädigung eintreten werde. Damit habe sich die Commission begnügt, zumal ein rechtlicher Anspruch auf Entschädigung der Geistlichen durchaus nicht vorliegt. Die Commission beantragte daher Ablehnung der ihr überwiesenen beiden Anträge, hinsichtlich des Antrages Wisingerode, welcher der Commission nicht vorgelegen habe, glaube er, daß derselbe wohl den Beifall der Commission gefunden hätte.

Abg. v. Sanden (Tarpunitz): Die vorliegenden Anträge gehen zum Theil von dem Gedanken aus, daß die Staatsregierung zum Ersatz der Verluste verpflichtet ist, zum Theil lassen sie die Frage dahingestellt, zum Theil erwähnen sie sie gar nicht. Man muß aber mit Resolutionen sehr vorsichtig sein. In der Regel werden sie vorgeschlagen, wenn eine Materie zur legislativen Erledigung noch nicht reif ist, so daß ihre Annahme entweder einem zukünftigen Hause präjudicirt oder bedeutungslos ist. Der Antrag Benning und v. d. Neck erscheinen als zu weit gehend und ich heute darüber nicht zu entscheiden. Die Resolution des Grafen Wisingerode ist sehr unbestimmt gehalten und entspricht der Unklarheit der Materie. Man könnte sie annehmen, da der Antragsteller von „angemessener Schadloshaltung“ spricht, würde also zu confusieren haben, was angemessen ist und was das angemessene Rechtssubject ist, welches die Entschädigung zu leisten hat. Aber am besten lehnt das Haus alle diese Anträge ab und hält sich die Hand frei. Was den Antrag Miquel betrifft, so hat die Staatsregierung sich in der Commission bereit erklärt, Ermittlungen über die den Geistlichen entstehenden Verluste anzustellen und sie wird das thun, auch ohne eine Resolution des Hauses. Ebenso hat sie einen Fonds zur Verfügung, um den Geistlichen Zuschüsse zu geben, wo sich ein Bedürfnis herausstellt und da das Gesetz erst mit dem 1. October d. J. in Kraft treten soll, so reicht der Fonds für das laufende Jahr ganz aus. Wenn aber die Resolution Miquel einen Beschluß verlangt, der für 1875 maßgebend sein soll, so käme man, wenn für 1875 das Jahr 1874 allein zur Grundlage genommen würde, nach einer Aenderung des Regierungs-commissars auf eine falsche und nicht übliche budgetmäßige Bahn. Dazu bedarf es einer Fraktionsberechnung mehrerer Jahre.

Zwei Punkte der Resolution sind also von keiner Bedeutung; warum im Betreff des dritten der principiellen klaren Erledigung vorgehen? Diese Frage wird auf die schlechteste Weise erledigt, wenn man die kleinen Ausfälle, die durch das Gesetz entstehen, durch Staatszuschüsse decken will. Vielmehr wird man dieser Frage im Großen und Ganzen näher treten müssen, der Frage wegen der finanziellen Stellung der Geistlichen gegenüber ihren Gemeinden. Es ist ein altes Postulat, und wohl nicht bloß der Fortschrittspartei, daß die Geistlichen fixirt und von den Detailleistungen der einzelnen Gemeindeglieder unabhängig gestellt werden. Bei der Reorganisation der evangelischen Kirche werden wir Kirchspielsrentanten anstellen und Sorge dafür treffen, daß dieses Ziel in die Nähe gerückt wird. Dann werden die Geistlichen der unangenehmen Stellung entbunden sein, von ihren Pfarreingekessenen für ihre Leistungen mit Geld bezahlt zu werden; dann werden die Gebühren an eine Kasse gezahlt, aus der der Geistliche, wie jeder andere Staatsbeamte

Seine Reden bezieht. Jede Amtshandlung muß kostenfrei gewährt werden, und gewiß werden die Gemeinden gern die auf jeden Kopf treffende Zahlung übernehmen. Der Redner schließt mit dem Wunsch, daß alle Resolutionen abgelehnt werden mögen!

Abg. Miquel: Der Antrag des Abg. Bening gehe um so viel zu weit, wie der Vorredner zurückgehe. Rechtliche Ansprüche auf Entschädigung läßt nicht vor, dagegen entspreche dieselbe der Billigkeit. Natürlich könne sie aber erst nach Ermittlung des Bedürfnisses eintreten, und darauf zielt sein Antrag. Uebrigens halte er durchaus nicht für überflüssig, wenn das Haus auch seinerseits seine Ansicht über diesen Gegenstand ausspreche.

Abg. Richter (Sangerhausen) berichtet zunächst über eine Petition der Geistlichen aus Lüneburg, in welcher dieselben dringend um eine Entschädigung bitten, und erklärt es dann für zweckmäßig, eine solche Entschädigung zu gewähren. Wenn aber das Haus das wolle, dann müsse es auch seinen Willen kundgeben, und für diesen Fall empfehle er den Antrag Miquel.

Abg. Bening hält es für ganz angemessen erst Material zu sammeln, dann aber müsse gesetzliche Regelung der Sache eintreten. Sein Antrag beziehe sich übrigens nicht auf die sogenannten Stollgebühren, sondern nur auf diejenigen, welche für nothwendige Amtshandlungen erhoben werden. Eine Entschädigung sei unbedingt nöthig, wenn nicht die Existenz vieler Pfarren gefährdet werden sollte.

Gch. Rath Scholz: Die Regierung hat die vorliegende Frage natürlich nicht unermessen gelassen, sie hat aber anerkennen müssen, daß rechtliche Ansprüche auf Entschädigung nicht eintreten, weder dauernd gegenüber den Pfarrämtern noch vorübergehend gegenüber den zeitigen Inhabern. Eine dauernde Entschädigung ist darum nicht zu verlangen, weil es dem Staat, der bisher in freiwilliger Gemeinschaft mit der Kirche gestanden hat, ohne Belastung freistehen muß, diese Verbindung aufzuheben. Aus Billigkeit wird die Regierung, wie ich schon in der Commission herbeigehoben, Abhilfe schaffen, so weit in Folge dieses Gesetzes bei einzelnen Geistlichen erhebliche Ausfälle eintreten. Das gilt zunächst von sogenannten Stollgebühren, die unmittelbar dadurch den Geistlichen verloren gehen, daß Verwindung des Personals ihnen nicht mehr zufällt. Etwas Anderes ist es mit den Stollgebühren, bei denen ein solcher Kaufmannschar nicht besteht. Von diesem Standpunkte aus erkläre ich mich gegen den Antrag Bening. Der Antrag des Hrn. v. d. Ned. basiert auf der Voraussetzung, daß der Staat die Erhebung von Stollgebühren verweigern werde, und trägt den thatsächlichen Verhältnissen wenig Rechnung. Es ist keine Gerechtigkeit, in einzelnen Gemeinden die Entschädigung zu gewähren, wo kein Bedürfnis dazu vorhanden ist. In dem Antrag des Freiherren von Wisingerode hat eine Vermischung der beiden Arten von Gebühren stattgefunden, außerdem soll die Entschädigung für die Pfarren eintreten und das scheint mir sehr bedenklich, ebenso wie der Schlußsatz, der die Bedürfnisfrage ganz außer Acht läßt. Was die Einziehung von kirchlichem Material betrifft, so ist die Zeit bis zum 1. October 1874 dazu viel zu kurz; in einem Vierteljahr wird kaum ein erheblicher Ausfall eintreten.

Abg. v. d. Ned. begründet seine Resolution damit, daß der Staat verpflichtet sei, an dem, was er für eine genügende Remuneration der Geistlichen zu sorgen; er kann also jetzt nicht eine so große Verkürzung des Einkommens zulassen. Der Staat hat ein Interesse daran, daß das Volk an dem alt-ehrwürdigen Institut der kirchlichen Einsegnung der Ehe theilhaftig; er muß also dieselbe durch Aufhebung der Stollgebühren erleichtern und die Geistlichen für deren Verlust entschädigen.

Der Finanzminister: Die Staatsregierung hat die vorliegende Frage nicht zum Antrag bringen wollen. Sie ist der Ansicht, daß über diese Frage sich doch erst dann eingehend urtheilen lassen wird, wenn man die Erfahrung kennt. (Sehr richtig! links.) Wenn man weiß, wie das Gesetz wirken, welche Verhältnisse sich daraus entwickeln, welche Härten sich herausstellen werden, dann können Sie darauf rechnen, daß dasjenige, was die Landesvertretung für billig erachtet, auch bei der Staatsregierung ein wohlwollendes Gehör finden wird. (Weiß! rechts.) Es liegt uns fern, in Härten gegen einzelne Schichten der Bevölkerung vorgehen zu wollen; andererseits aber muß es ihr auch fern liegen, auf unbestimmte Engagements, deren Tragweite sich nicht absehen läßt, einzugehen. (Sehr wahr! links.) Sobald eine Resolution darauf gerichtet wäre, die thatsächlichen Verhältnisse zu ermitteln und die Möglichkeit einer staatlichen Hilfe zu statuieren, würde die Regierung derselben vollkommen zustimmen können.

Die Anträge Bening und v. d. Ned. werden abgelehnt, desgleichen der des Abg. Miquel in namentlicher Abstimmung mit 173 gegen 167 Stimmen. Mehrere darauf bezügliche Petitionen sind damit erledigt. Um 5½ Uhr verläßt sich das Haus bis Dienstag 11 Uhr. (Fortsetzung der Beratung über die Civilheirath; Provinzialordnung; Etr.)

Berlin, 19. Januar. [Amtliches.] Se. Majestät der Kaiser hat im Namen des Deutschen Reiches die von dem Directorium der Kirche Augsburgischer Confession zu Straßburg i. G. vollzogenen Ernennungen des Pfarrers Andreä, bisher zu Douera in Alger, zum Pfarrer in Hüttingheim, Bezirks Unter-Elsass, des Pfarrers Kromayer zu Prinzheim zum Pfarrer in Weiskirchen, desselben Bezirks und des Pfarrers Oetlied zu Uhrweiler zum Pfarrer in Munsenheim, Bezirks Ober-Elsass bestätigt.

Se. Majestät der König hat den Geheimen Regierungs- und vortragenden Rath im Ministerium des Innern von Lebbin zum Geheimen Ober-Regierungs-Rath ernannt; den zeitigen Bürgermeister Roernig zu Groß-Strehlitz, der von der Stadtverordneten-Versammlung zu Gleiwitz getrossenen Wahl gemäß als befohlenen Beigeordneten der Stadt Gleiwitz für die gesetzliche zweijährige Amtsdauer bestätigt.

Der bisherige Baumeister Ludwig Koehler in Kiel ist zum königlichen Landbau-Inspektor ernannt und ihm die technische Hilfsarbeiter-Stelle bei der königlichen Regierung zu Arnberg verliehen worden.

Dem Ingenieur G. Dösten zu Berlin ist unter dem 16. Januar d. J. ein Patent auf einen Heimeiser auf drei Jahre ertheilt worden.

Der Geheim-Registrator, Kanzlei-Rath Eckert, ist zum Geheimen Ober-Registrator im Justiz-Ministerium ernannt worden.

Berlin, 19. Januar. [Se. Majestät der Kaiser und Königin] empfangen gestern Se. Kaiserliche und königliche Hoheit den Kronprinzen von Preußen auf seiner Reise nach St. Petersburg, und hierauf die Generale der Cavallerie Hann von Weyhern und von Tumpking. Nach der Spazierfahrt nahmen Se. Majestät den Vortrag des Reichskanzlers Fürsten von Bismarck entgegen.

Heute empfangen Se. Majestät den General-Feldmarschall Herwarth von Bittenfeld und nahmen nach der Ausfahrt den Vortrag des Geheimen Cabinets-Raths von Wilnowski entgegen.

[Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] war vorgestern in der 2. dreijährigen Vorlesung des wissenschaftlichen Vereins anwesend und wohnte gestern dem Gottesdienste bei dem Ordensfeste in der Kapelle des königlichen Schlosses bei.

Heute findet im kaiserlichen Palais ein Diner statt für die Deputation der kaiserlich-königlichen Dragoner-Officiere, welche zu dem Jubiläum ihres Regiments-Inhabers, Sr. königl. Hoheit des Prinzen Carl von Preußen, hergesendet sind.

[Se. kaiserliche und königliche Hoheit der Kronprinz] nahm vorgestern Vormittag einige militärische Meldungen entgegen und empfing um 11½ Uhr die vom kaiserlich-königlich österreichischen Dragoner-Regiment (Prinz Carl von Preußen) Nr. 8 hier eingetroffene Deputation, welche Höchstselben durch den hohen Chef des Regiments vorgestellt wurde. Um 12 Uhr ertheilte Se. kaiserl. und königl. Hoheit dem Freiherrn Senft von Pilsach Audienz und folgte am 5 Uhr einer Einladung zum Diner bei Sr. königl. Hoheit dem Prinzen Carl. Abends 8 Uhr verabschiedeten sich Ihre kaiserlichen und königlichen Hoheiten der Kronprinz und die Kronprinzessin bei Ihren Majestäten.

Gestern wohnte Se. kaiserl. und königl. Hoheit dem Beginn des Ordens- und Ordensfestes bei und begab sich dann nach dem Ostbahnhof, von wo die höchsten Herrschaften am 12. Uhr mittelst Extrazuges die Reise nach St. Petersburg antraten.

Im Gefolge Ihrer kaiserlichen und königlichen Hoheiten befinden sich die Hofdamen Gräfin Bülth und Gräfin Brandenburg, der Hofmarschall Graf zu Eulenburg, der Kammerherr Graf Seckendorff, der während der Reise zu Sr. kaiserlichen und königlichen Hoheit dem Kronprinzen commandirte General der Cavallerie Hann v. Weyhern, commandirender General des 2. Armeecorps, und die beiden persönlichen Adjutanten, Oberst Mische und Hauptmann von Liebenau. (Reichsanz.)

Berlin, 19. Jan. [Das Dödensst. — Der Zwischenfall im Abgeordnetenhaus.] Die Feier des Ordensfestes hat in diesem Jahre mit Rücksicht auf die noch bestehende Hoftrauer resp. Landestrauer und mit Rücksicht auf das Befinden Sr. Majestät in einem kleineren Maßstabe stattgefunden. Auch in Bezug auf die Zahl der verkleideten Orden hat eine gewisse Beschränkung Platz gegriffen, indem die Liste der Decorirten von geringerem Umfange ist, als sie in regelmäßigen Jahren zu sein pflegte. Diese Beschränkung findet eine vollkommene Berechtigung in dem Umstande, daß in Folge des Krieges und in Folge der durch denselben herbeigeführten außerordentlichen Ereignisse eine sehr große Zahl von Ordensverleihungen erfolgte. Was das Befinden des Monarchen betrifft, so hat dasselbe in erfreulicher Weise täglich die günstigsten Fortschritte gemacht. — Der Zwischenfall im Abgeordnetenhaus, welcher durch die Herren der Centrumsfraction herbeigeführt worden war, wird nach der genaueren Kenntniß der Erklärung des Fürsten Bismarck in der Presse, sowohl der inländischen als ausländischen, einer besondern Beachtung unterzogen. Wenn es den Rednern der ultramontanen Partei um diesen Effect zu thun war, so wird derselbe als gewiß zu betrachten sein, aber in Bezug auf den Effect selbst wird zu constatiren sein, daß dieser den Ansistern des Zwischenfalls nicht günstig gewesen. Die heimliche Presse spricht unumwunden ihr Vertrauen und ihre Zustimmung zu der Politik Bismarcks aus und es muß besonders betont werden, daß die Presse der ihr vom Fürsten Bismarck am Schluß seiner Rede anheimgegebenen Aufgabe vollständig gerecht geworden ist. Sie hat sich in großer Uebereinstimmung und mit entschiedener Energie gegen die Ultrakatholiken im Abgeordnetenhaus und für die Erklärung des Fürsten ausgesprochen. Daß ein Theil der ausländischen Organe mit großer Schadenfreude den Zwischenfall ansieht, ist natürlich und kann es nicht verwundern, daß diese Organe die Stimme des Centrums als Beweis dafür betrachten, daß die persönliche politische Wirksamkeit des Reichskanzlers den größten Anschuldigungen unterliegt.

Berlin, 19. Januar. [Der Welt-Postcongr.] Die Mittheilungen in den Zeitungen über das Zustandekommen eines allgemeinen Postcongresses bestätigen sich, jedoch muß die Sache nicht so aufgefaßt werden, daß die Angelegenheit schon vollständig zum Abschluß gebracht worden ist. Die preussische Postverwaltung, von welcher die Idee zur Einberufung eines solchen Congresses ausgegangen war, hat die vorbereitenden Schritte bei den verschiedenen Postverwaltungen, deren Zutritt zu dem Congreß erwünscht war, gethan und es ist ihr gelungen, daß diese sich schließlich sämtlich bereit erklärten, den Congreß zu beschicken. Da als Versammlungsort Bern in Aussicht genommen ist, so liegt es auch dem gewöhnlichen Miß der schweizerischen Postverwaltung ob, die Einberufungen zu dem Congreß an die zur Theilnahme an denselben geeigneten Staaten zu erlassen. Es ist bereits von hier aus nach Bern die Aufforderung gerichtet worden, die Einladungen aufzuschreiben. Die Benachrichtigung, daß dies geschehen ist, kann in kurzer Zeit erwartet werden. Die russische Postverwaltung hat den Wunsch zu erkennen gegeben, daß der Zusammentritt am 15. September d. J. erfolgen möge. Es ist auch dieser Tag acceptirt worden. Die Einladung wird an sämtliche Postverwaltungen Europas gerichtet werden, dem Vernehmen nach auch an die rumänische und serbische. Auch Nordamerika und Egypten haben sich bereit erklärt den Congreß zu beschicken. Sie werden ebenfalls Einladungen zu demselben erhalten. Obgleich Frankreich erklärt hat, daß es den Congreß bescheiden werde, so ist dies doch nicht rückhaltlos geschehen. Es wollte auf den Congreß einen Vertreter senden, jedoch wisse es noch nicht, ob seine finanzielle Lage es gestatte, den in Bern zu saßenden Beschlüssen unbedingt beitreten zu können. Auch habe es noch einige Postverträge abzuschließen, nach deren Zustandekommen es erst zu definitiven Entschlüssen über sein Verhalten auf dem Congreß gelangen könne. Es fand überdies in dem Zaudern Rußlands, den Congreß zu beschicken, einen Grund, seine schließlichen Erklärungen zurückzuhalten. Wenn nun von Bern aus eine directe Einladung nach Paris gelangt, so wird eine unumwundene Erklärung von dort jedenfalls ergehen.

[S. M. S. „Arcona“] ist am 19. December 1873 in Rio de Janeiro eingetroffen. — An Bord Alles wohl.

Gydkühnen, 19. Jan. [Se. kaiserliche Hoheit der Kronprinz des deutschen Reichs und von Preußen] und die Frau Kronprinzessin sind mittelst Extrazugs eben hier eingetroffen. Die Bürgerchaft war zahlreich am Bahnhof versammelt, empfing die höchsten Herrschaften mit lebhaften Hochrufen und mit den Klängen der Nationalhymne und brachte der Frau Kronprinzessin einen Blumenstrauch dar. Der Extrazug fuhr nach nur einviertelstündigem Aufenthalt nach Petersburg weiter.

Leipzig, 19. Jan. [Festfeier.] Die hiesige gemeinnützige Gesellschaft hat, wie das „Leipziger Tageblatt“ meldet, den Jahrestag der Gründung des deutschen Reichs durch ein glänzendes Festmahl gefeiert. Prof. Zarneke, Pastor Dreydorff und Oberhandelsgerichtsrath Goldschmidt brachten Trinksprüche auf „Kaiser und Reich“, auf „Fürst Bismarck“ und auf das „wider die inneren Feinde des Reichs kämpfende deutsche Bürgerthum“ aus, welche mit stürmischem Beifall aufgenommen wurden.

Dresden, 19. Jan. [Die erste Kammer] hat heute fast einstimmig den in der zweiten Kammer gestellten Antrag auf Aufhebung der §§ 92 und 103 der Verfassung und Einführung des Princips der Paars-Ernennungen verworfen.

Frankfurt, 18. Jan. [Herr Sonnemann] hat gestern Abend, nachdem das Wahl-Resultat festgestellt worden, in Mitte seiner Freunde und Gefinnungs-Genossen eine mit stürmischem Beifall aufgenommene Ansprache etwa folgenden Inhalts gehalten:

Freunde und Gefinnungs-Genossen! Vor 3 Jahren hat mich die Stadt Frankfurt mit 3700 Stimmen gewählt; darauf hat sich ein namenloser Wahl-Verein gegründet und gesagt, der Abgeordnete Frankfurt habe unserer Gefinnung nicht entsprochen. Die Bürgerchaft hat heute darauf geantwortet, indem sie mich mit doppelter Stimmenzahl gewählt hat. Es ist das die beste Antwort auf die Verdächtigungen und Verläumdungen unserer Gegner, die sich damit, wie ich hoffe, auf lange Zeit gekennzeichnet haben. Der Sieg liegt nicht in meinem Erfolg der Wahl; er liegt in der Niederlage der Gegner. Ich habe mich gestern gefreut, daß mir die Fortschrittspartei den Credit gekündigt hat; so wird das letzte Band, was in Folge persönlicher Bekanntschaften, früherer Erlebnisse und Verbindungen geflickt war, durchschnitten; die Fortschrittspartei ist in Frankfurt nichts als eine verkappte national-liberale Partei. (Beifall.) Wir haben die Stimmen der Arbeiter nicht verlangt; sie haben sie uns freiwillig dargebracht; es ist uns lieber, daß wir diese Stimmen erhalten haben, als die der Fortschrittspartei. Ich hoffe, daß dieses Verhältnis im Reichstag seine Früchte tragen wird. Für uns erwächst aus dem Wahlergebnis die dringende Aufgabe, die Organisation, die wir geschaffen, wofür ich Allen herzlich danke, zu erhalten und zusammenzubalten, zu alternativen bei den nächsten Stadtverordneten-Wahlen, und zu betheiligen, daß die Stadt Frankfurt ihren alten demokratischen Aufbruch erhält. Es lebe das deutsche freie Vaterland! (Stürmischer Jubel.)

Der Andrang des Publikums zum Versammlungslocal war ein so großer, daß Herr Sonnemann in Folge eindringlichen Verlangens noch eine weitere ähnliche Ansprache an die in den anderen weiten Räumen des Café Victoria Versammelten halten mußte. (Fr. S.)

Frankreich.

* Paris, 17. Januar. [Frankreich und Deutschland.]

Die Berichtigung der Agentur Havas in Betreff der bekannten Neu-jahrs-Rede des Generals Admiral, schreibt man der „R. Z.“ ist keine Verleugung, sondern hat eine andere Bedeutung. Abgesehen davon, daß der officiöse „Moniteur“ noch die Worte des Generals für richtig annahm, jedoch bemerkte, daß die Regierung für das, was ein General sage (wahrscheinlich wird man wohl bald behaupten, daß die Generale ebenso wenig wie die Bischöfe verantwortlich seien), nicht aufzukommen brauche, versteht man hierin, wie Jeder weiß, unter der „früheren Stellung Frankreichs“ einfach das Uebergewicht, was Frankreich in Europa haben mußte. Die Sprache Admirals steht übrigens keineswegs vereinzelt; alle Generale und höheren Officiere führen bei jeder Gelegenheit dieselben Redensarten im Munde wie dieser, und heute noch drückte sich General Bourbaki, der, wie auch Herzog von Numale, zum Kriegsrath nach Versailles gezogen wurde, in der nämlichen Weise aus. Der Ober-Commandant von Lyon sprach sich gegen den Herzog, mit dem er eine längere Unterredung hatte, dahin aus, daß die Kammer, die ihm zufolge nur Bauderville-Vorstellungen gebe, keine Gesetze zu machen verstehe. Ihm zufolge müsse man zwei Maßregeln ergreifen, nämlich verbieten, daß die Reden der Deputirten veröffentlicht würden, und jedes Blatt nach einer ersten Verwarnung unterdrücken. Nur auf diese Weise werde man Ruhe im Lande haben, um die nothwendigen Vorbereitungen machen zu können, die Resonanz zu nehmen! Die Armee selbst hielt Bourbaki für vollständig genügend und sprach sich gegen die Neuerungen, besonders gegen das Institut der einjährigen Freiwilligen aus, mit denen nichts anzufangen sei. Herzog d'Almale selbst stimmte Bourbaki in vielen Beziehungen bei, und daß auch dieser äußerst reservirungslustig ist, bekannt. Die Havas'sche Verbesserung ändert also an der Lage der Dinge nichts, doch sie thut dar, daß man bis die Stunde geschlagen, jeden Conflict vermeiden will. Der Admiral'sche Zwischenfall wird, wie man hier glaubt, zu keinen weiteren Erörterungen Anlaß geben. Eindruck hat der Artikel der „Nordd. Allg. Ztg.“ gemacht, worin kurz angedeutet wird, daß die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland von der Haltung des ersteren dem Ultramontanismus gegenüber abhängig sei. Die hiesige Regierung kann weder gegen die Bischöfe einschreiten, noch den „Dreanoque“ zurückberufen, d. h. weder Italien noch Deutschland seinen guten Willen zeigen, ohne die Clerikalen vor den Kopf zu stoßen, von deren Unterstützung sie ihr Leben fristet. „Francais“ und „Presse“ hüllten sich daher in Schweigen, und die „Patrie“ die noch vorgestern behauptete, daß die beunruhigenden Gerüchte über Italien von preussischen Agenten verbreitet worden seien, giebt heute klein bei und meint, daß sie mehr Zurückhaltung, man bei den äußeren Fragen beobachte, desto größer die Dienste seien, die man dem Lande leiste. Die legitimistischen Blätter sind übrigens jetzt auch kleinlaut, da man sie hat wissen lassen, daß sie sich maßigen möchten.

[Frankreich und die Schweiz.] Die officiösen Blätter widerlegen die Nachricht, daß die schweizer Regierung gegen den abgelehnten Genfer Pfarrer Mermillod reclamirt habe. Ob dieses begründet, muß dahingestellt bleiben. Jedenfalls hat sich aber Mermillod von der Grenze entfernt und befindet sich in Paris, wo er in der Madeleine predigt, aber mit geringem Erfolg; er läßt sich deshalb Reclame in den Blättern machen. Eine solche enthält der „Gaulois“, worin der Ex-Pfarrer als Deutschfresser und als ein Opfer Berlins, das seine Ausweisung aus der Schweiz verlangt, dargestellt und zugleich von ihm erzählt wird, daß er von seiner frühesten Jugend an bestrebt gewesen, den Protestantismus in Genf, dem protestantischen Rom, auszuwetten, an welchem Werke er auch nach seiner Ernennung zum Pfarrer in dieser Stadt mit allem Eifer gearbeitet habe. Diese Geständnisse sind jedenfalls sehr naiv.

Versailles, 17. Jan. [Aus der National-Versammlung.] Vor Eröffnung der heutigen Sitzung der National-Versammlung, schreibt man der „R. Z.“, bildete der Artikel der „Nordd. Allg. Ztg.“ den Gegenstand aller Gespräche. Der Secretair des Präsidenten, d'Harcourt, hatte sich in der Kammer eingefunden, um die Deputirten wegen der Tragweite des Artikels zu beruhigen. Er erklärte, daß die Regierung den Artikel des Bismarck'schen Blattes nicht für einen feindseligen Act gegen Frankreich halte. Sie begreife die Bestürzung der deutschen Presse wegen der religiösen Krisis, die Deutschland im Augenblick durchmache, und bedaure, daß einige französische Prälaten so aufgetreten seien, daß sie die Nachbarn Frankreichs unzufrieden gemacht. Außer dieser Angelegenheit beschäftigte man sich noch vielfach mit den Auslassungen Lucien Brun's, die ohne allen Widerspruch Seitens des rechten Centrums und der Rechten aufgenommen wurden, und welche die siebenjährige Herrschaft Mac Mahons nicht zu stützen geeignet sind. Die betreffende Stelle seiner Rede lautet: „Ja! ich behaupte, man muß wegen der Gemeindefreiheiten wie auch wegen der übrigen provisorisch — gestalten Sie mir dieses Wort — Trauer anlegen. Die Monarchie, welche Frankreich mehr Freiheit gegeben als Sie ohne dieselbe je haben werden, hat einiges Recht, sich hier zu betheiligen. Es ist mir wohl erlaubt, Ihnen mit der Geschichte, mit der Erfahrung, mit dem Beispiel der Nachbarn zu sagen: Ohne Autorität giebt es keine Freiheit; und die wahre Autorität, die Monarchie, wird sie Ihnen geben.“ Wie verlaute, will man die Regierung interpelliren, warum sie solche Worte ohne Widerspruch hat hingehen lassen.

Spanien.

Madrid, 15. Januar. [Der Fall Cartagena's.] Der General Lopez Dominguez hat seinen Einzug in das gefallene Cartagena am Mittwoch Nachmittag gehalten, an der Spitze einer starken Cavallerieabtheilung; ihm folgten die Mitglieder des Gemeinderaths. Er betrat die Stadt durch das Madrider Thor und hatte dadurch sogleich den Anblick desjenigen Viertels, welches am meisten gelitten hat. Ein Telegramm der „Times“ sagt: Während der Schanden in den andern Stadttheilen nicht sehr bedeutend erscheint, ist am nordwestlichen Ende fast kein Haus von den Geschossen verschont geblieben; mehrere Häuser liegen in Trümmern und andere sind siebartig von Kugeln durchlöchert. Schreckliches Unheil richtete die heulende Explosion eines Pulvermagazins an, durch welche angeblich 200 Menschen ums Leben kamen. Die Wälle in jener Gegend haben zwar stark gelitten, zeigen aber keine Spur einer annähernden Bresche, und das westlich von dem Madrider Thore gelegene Fort Alcala, das erste, welches von den Belagerern genommen wurde, hat, wie auch die übrigen Festungswerke, so geringe Schäden erlitten, daß der Verdacht, es sei durch Verrath gefallen, sehr begreiflich ist. Nachdem Alcala am Sonntag, den 11. d. besetzt worden, wurde von Süden her das Fort Galera den ganzen Tag auf dasselbe; in der Stadt aber entstand ein Tumult; Alcala ist verrathen worden, schrie man. Die Besatzung zählte 217 Mann, Munitionsvorrath war im Ueberfluß vorhanden, der Feind hatte nicht gekürrt und die Kanonen waren nicht vernagelt worden. Gegen die Führer der Empörung richtete sich der Grimm. Salve, der sich durch einen Versuch, das Fort wiederzuerobern, wobei sein Sohn verwundet wurde, von dem Verdacht gereinigt, suchte vergebens die Menge zu beschwichtigen mit der Versicherung, daß alle Forts und Batterien am nächsten Tage auf Alcala feuern sollten. Es folgten jedoch die Unterhandlungen mit dem belagernden General, der Waffenstillstand und dessen Verlängerung bis zum 13. Morgens; bei der zweiten Unterredung forderte die Deputation,

in dem sie um Verzeihung bat, gleichzeitig den Abzug der rebellischen Truppen mit militärischen Ehren und erbot sich aus den freigelassenen Sträflingen ein Bataillon zur Bekämpfung der Carlsten zu bilden. Lopez Dominguez aber beharrte auf der bedingungslosen Uebergabe. Ehe die Waffenruhe abgelaufen war, brachten sich die Insurgenten und die Junta an Bord der Numancia in Sicherheit, und sind seitdem, wie durch eine Reihe von Telegrammen bekannt, mit ungefähr 2500 ihrer Leute in Afrika gelandet, während ein anderes kleineres Schiff, der Darro, mit seiner Ladung von Flüchtlingen von dem spanischen Geschwader genommen wurde. Daß auch der Mendez Nunnez in Vran angekommen sei, hat sich bisher nicht bestätigt. Am Morgen des 13. nahmen die Belagerungstruppen Besitz von der Stadt. Ihrem Einmarsche stellten sich keine großen Hindernisse entgegen, und abgesehen von der Erschießung von 7—8 Rebellen, die zu entweichen versuchten, wurde kein Blut vergossen. Das Ende der Belagerung wäre nicht so glimpflich verlaufen, hätte die Garnison des Forts Galeras ihren Befehlshaber, den vor Fanatismus verrückten weiland Briefträger Saez, nicht von der Ausführung seiner bekannten Drohung, sich mit dem Fort in die Luft zu sprengen, abgehalten. Er hatte eine große Mine vorbereitet und war im Begriff, sie anzuzünden, als seine eigenen Leute ihn gefangen nahmen und mit auf die Numancia schleppten. Die Straßen der Stadt sind voll von Truppen und entwaffneten Rebellen. Obwohl es an Vorräthen noch nicht fehlte, sehen die Leute, zumal Weiber und Kinder, doch meist sehr bleich und abgemagert aus, als ob sie große Entbehrungen durchgemacht hätten. Privathäuser sollen übrigens nicht geplündert worden sein. Nach und nach kehren jetzt auch die flüchtigen Einwohner von Porman, Herrerias und anderen Ortschaften der Umgegend in die Stadt zurück.

Die zur früheren Castellar'schen Majorität gehörigen Mitglieder des gesprengten Congresses haben eine Versammlung abgehalten, in welcher sie ein Vertrauensvotum für Castelar annahmen und letzteren beauftragten, ein Manifest an die Nation zu erlassen. — Die Regierung hat den 20. Februar als den Tag bezeichnet, an welchem die Reservemannschaft des Jahres 1874 sich zur Fahne zu stellen habe.

Amerika.

Newyork, 30. December. [Die Aufregung unter den Arbeitern in den westlichen Staaten] wird immer drohender, je mehr Arbeitsmangel und Hunger sie drücken. An sehr vielen Orten werden Meetings abgehalten, Demonstrationen veranstaltet und die Deutschen spielen eine Hauptrolle bei denselben. Der Vorsitzende muß bald englisch bald deutsch die Versammelten anreden, wenn er, was nur zu oft vorkommt, Ausschreitungen zu verhüten hat. Gegen Capital wird da nicht minder wie gegen die Presse hergezogen, welche letztere als künftlich, forrumpirt und faul verschrien wird. Auf einem dieser in Chicago abgehaltenen Meetings sprach ein Deutscher: „Hinaus mit diesen verb— Hundten von der Presse“, und dieser Ruf fand einen solchen Beifall, daß die armen Reporter aus Furcht oder Unwillen sich davon zu machen suchten. Es wurden sodann die Forderungen vorgelesen, welche die Arbeiter an den Stadtrath stellen wollten. Die Stadt sollte nach diesen allen Arbeitsfähigen acht Stunden per Tag gegen hinreichenden Lohn Arbeit verschaffen, den Arbeitsfähigen und solchen, die keine Arbeit erhalten können, Vorschüsse in Geld oder Lebensmitteln machen, die Vertheilung unter Aufsicht eines Arbeiter-Comite's ausführen lassen und schließlich, falls die Fonds der Stadt nicht ausreichten, Anleihen zu diesen Zwecken aufnehmen. Neben Amerikanern, Deutschen und Franzosen sprach ein Pole, der den Arbeiter dem Capitalisten voranstellte, ein Engländer, der die Arbeiterklasse als die Stütze der Gesellschaft hinstellte und für sie das von den Aristokraten und Capitalisten angesammelte Geld beanspruchte, und endlich ein Däne, der seine Landsleute aufforderte, so lange nach Brot mit zu schreien, bis sie es endlich erhielten. Am anderen Tage, nachdem die erwähnten Forderungen von den Arbeiterversammlungen angenommen worden waren, zog man zu 10,000 Köpfen stark zum Sitzungssaale der Stadträthe. Unter den Bannern sah man auch zwei deutsche, mit den Inschriften: „Krieg dem Müßiggang“ und „Tod der Noth“. Der Mayor und die Stadträthe waren über den Aufzug nicht wenig erschreckt, und versprachen, die Forderungen in Erwägung zu ziehen. Einer der Aldermen, der seines Zeichens ein Bäcker ist, erbot sich, 60 Tage hindurch 10,000 Extrabrote täglich gegen die bloße Zahlung der Auslagen für Mehl zu liefern. — Wie verlautet, hat Chicago jetzt nicht weniger als 40,000 Menschen mit den nöthigen Lebensmitteln zu versorgen.

Ähnliche Vorgänge werden aus Cincinnati, Louisville, Indianapolis und anderen größeren Städten des Westens berichtet. Die Noth ist allerdings nicht wegzulugnen, aber leider wird sie von Demagogen ausgenützt, die in der allgemeinen Wirre ihre Zwecke verfolgen. Die Vereine in Chicago läugnen nicht, daß sie in Verbindung mit der Internationale stehen, die ihren Hauptstift in Newyork hat. Bisher zählten die sechs — darunter drei deutsche — Socialisten-Sectionen nur 400 Anhänger, aber die Agitatoren haben in letzter Zeit die Mitgliederzahl bis auf 8000 gebracht. Das Organ derselben ist der „Social-Politische Arbeiter-Verein“, welcher mit der Verbreitung der communisistischen Manifeste beschäftigt ist. Was das communisistische Programm verlangt, ist satfam bekannt, nur kann als erstlich bezeichnet werden, daß die amerikanischen Socialisten nicht alle Länder für gleich reif halten, um in gleicher Weise und zu gleicher Zeit beglückt zu werden. Für die vorgeschrittenen Staaten sind folgende Mittel vorgeschrieben: 1) Besizergreifung des Bodens von Seiten des Staates und Benutzung des Pachtertrages zu Staatsausgaben. 2) Abschaffung des Erbrechtes. 3) Confiscation des Vermögens von allen Rebellen und Auswanderern. 4) Centralisation des Credits in Händen des Staates durch eine mit Staatscapitalien und ausschließlichem Monopole ausgestattete Nationalbank. 5) Centralisation des Transports in Händen des Staates. 6) Gleichmäßiger Zwang Aller zum Arbeiten und Bildung von Industrie-Seen besonders für landwirtschaftliche Zwecke. 7) Unentgeltliche Staatsverziehung aller Kinder und 8) Abschaffung der Arbeit in ihrer jetzigen Gestalt für Kinder. — Außer diesen communisistischen giebt es noch sechs meist deutsche Vereine, die folgendes mäßige Programm aufgestellt haben: Gleiche sociale und politische Rechte; Opposition gegen alle die Naturrechte beschränkenden Geseze, wie die Sonntagsgesetze u. s. w.; unentgeltlicher Unterricht für alle und Erziehung der begabten Kinder auf Staatskosten; Besteuerung der Kirchengüter; Vereinfachung der Geseze oder deren Publicirung in verständlicher Sprache; Schutz der heimischen Industrie durch solche Steuern, welche Concurrenz mit importirten Artikeln möglich machen sollen, unter der Bedingung, daß alle Lebensmittel pöllre importiert werden; keine Unterschiede zwischen Soldaten, die in Amerika und Soldaten, die im Auslande geboren sind; Letztere sollen englisch lernen, aber deutsch muß in den Elementarschulen ebenfalls gelehrt werden.

In Louisville und Kentucky haben die Arbeiter beschlossen, die Staats- wie die National-Legislatur um Hilfe anzugehen. In St. Louis hat der Mayor veranstaltet, daß den Winter hindurch Armen ein Mahl per Tag verabreicht werde; auch sind 400 mit Wohnung versorgt worden. Die Presse von St. Louis betrachtet die Krise als unheilswanger und fordert die städtischen Regierungen auf, durch

energische Maßregeln Zusammenrottungen und Unordnung zu verhindern.

Wenn man hier Arbeiter hungern und deswegen drohende Galtungen annehmen sieht, ist es nicht ohne Verwunderung, wenn man gleichzeitig hört, daß die Lokomotivführer auf fast sämtlichen Bahnen der Staaten Ohio, Illinois, Indiana, Kentucky, und zum Theil Missouri gestreikt und Städte wie Chicago, St. Louis, Indianapolis, Louisville gewissermaßen blockirt haben, weil die Compagnien sich durch die Zeitverhältnisse gezwungen sahen, eine Gehälterreduktion von 10 Procent vorzunehmen, d. h. statt 125 — 175 Doll. monatlich 112 Doll. 50 C. bis 157 Doll. 50 C. zu geben. Es ist aber darum nicht minder wahr, und wegen solcher Lappalie haben die doch wahrlich nicht schlecht bezahlten Menschen einen der größten Strikes auf dem vielleicht größten Eisenbahnwege der Welt inscenirt und sich dabei noch Gewaltthätigkeiten zu Schulden kommen lassen. — Um das Maß der Aufregung im Westen voll zu machen, tagen jetzt dort auch die unzufriedenen Farmer, die allerdings friedlichere und nicht gerade unbillige Forderungen debattiren.

Provincial-Bettung.

Breslau, 18. Jan. [Humboldt-Verein für Volksbildung.] In dem heute um 11 Uhr gehaltenen Vortrag im Musiksaal der Kgl. Universität führte Herr Professor Prof. Dr. Carlstadt seine zahlreichen Zuhörer im Geiste zur Betrachtung des Winterschlafes der Natur hinaus in Garten, Feld und Wald. Nachdem Redner zunächst das Erwachen des Menschen hinter den mit Gläsern geschmückten Fenstern und das späte Aufgehen der Sonne und mit den ersten Blicken durch die aufstehenden Fensterheben das Treiben der Späzen geschildert, die dem Menschen aus Unabhängigkeit an des ihnen von mitfühlenden Seelen gespendete Futter treue Genossen bleiben, schlug er in gemüthlicher Weise einen Spaziergang in Garten, Feld und Wald vor, um das Leben der Natur im Winter zu betrachten, eine Einladung, der die Zuhörer gern folgten. Nach noch einem Rückblick auf die Sperlinge, die nur in einigen Walddörfern Thüringens vermisst, eine große Fertigkeit in Aufnahme der ihnen zufallenden Nahrung zeigen, aber wegen Vertilgung von Legionen Korbhühnern und anderer schädlicher Geschöpfe, den Menschen den Schaden, den ihnen ihre Gefährlichkeit zufügt, so reichlich vergelten, daß Friedrich der Große ein gegen sie erlassenes Verordnungsdekret in Kurzem um der Menschen wegen, wieder zurücknahm, ja, daß man diese Vögel selbst nach Australien zu verpflanzen bemüht ist, wandte sich der Redner zur Besichtigung des Döhlariens. Dort fielen ihm sofort einige Haufen schwarzer Erde auf, die die Alles belebende Schneedecke unterbrachen, und er belehrte die Begleiter, daß das Maulwurfsbaufen seien. Dieser rüstige Bergmann, der Maulwurf, mit seinem „Sammetröcklein“ und seinen Grabepoten halte nun in der Regel keinen Winterschlaf, sondern folgt seinem Wilde: den Wärmern und Lärmen der Insekten bei eintretender Kälte hinab in die Erde und bei milderer Temperatur an die Oberfläche. Seine Virtuosität im Verfügen dieser Feinde des Garten- und Ackerbaues ist so groß, daß er etwa so viel verzehrt, als sein eigenes Gewicht beträgt und in Ermangelung kleinerer Thiere mache er sich auch an Blindfüchsen und Ringelnattern. Der Vortragende schilderte einige Fälle solchen Verzehrs, Winterborrath sammle er selten, nur in strengen Wintern. Das nächste Thier, dem Herr Dr. Carlstadt seine Aufmerksamkeit zuwendete, war der Fgel, aus dessen Leben besonders die Art interessant ist, wie er einen Theil seiner Vorräthe in sein Lager schleppt. Er wählt sich nämlich mit seinem von Stacheln starrenden Pelz auf den Blättern und Früchten herum und lehrte dann also, die Spigen der Stacheln mit seiner Deute beladen nach seinem Speicher zurück.

Jetzt wandte der Vortragende sich den Vögeln zu und begann mit dem Zaunfänger, dessen bald festes, bald schneues, aber stets munteres Wesen er schilderte, wie seine Gewandtheit in Entdeckung passender Schlupflöcher; dann richtete er die Aufmerksamkeit der Zuhörer auf das mit Gesicht und Eier die Insekten vertilgende Geschlecht der Meisen, was in Gärten durch die Kohlmeisen, die er näher beschrieb, vertreten sei, und erwähnte dann ihre Gefahren, die Amsel und Goldammer, die im Winter auch in Bauerhöfen und Scheunen kommen und sich Futter suchen, und von denen die erkannte auch in Stuben gehalten wird, aber bald durch ihren zu lauten Schall sich oft lästig macht.

Auf das Feld hinausgetreten, begrüßte auf einem ehemaligen Kohlselde Bruder Lampe (der Hase), der von ihnen beim Aufsuchen von Kohlselbsten gestört wird, die Spaziergänger; er ist das meist verfolgte Geschöpf, dem die Raubthiere des Feldes und der Luft nachstellen und das der Mensch nur aus Goisimus im Sommer schont, um das Genuß zu erhalten. Sonst würde Lampe bei seiner großen Fruchtbarkeit ihm verberblich werden. Insecten und Mäuse suchende hüpfende Krähen machen sich auf der weißen Schneedecke von ferne als schwarze Punkte bemerkbar; von ihrem großen Nutzen als Mäusevertilger zeugt der Umstand, daß man in einer Krähe 7 Mäuse gefunden hat. Auch die uns selbst in der rauhen Jahreszeit trengeliebene Haubenlerche belebte das Bild der Landschaft, zu dem seitens der Nager der Hamster das Seine beitrug, der sich bei Zeiten seine Höhlen reichlich versorgt.

Aus dem Felde führt den Spaziergänger der Pfad nach dem Hochwalde, dessen Bäume freilich winterlich nackt stehen, und in dem nur Pfaffenbüschen, Schlehensträucher und Haselnußbüschen einige Spuren früherer Reize zeigen, indessen die jungen Frühlingsblüthen der Birken und Erlen Andeutungen neuen Lebens verkünden; die risige Rinde der Eichen und Waldbäume ist reich mit Flecken und Moosen bekleidet. Da hüpfte es vorbei, an einem Baume hinauf: — das ist ein Eichhäfchen, dessen Leben und Treiben unser Dichter Fr. Rückert ein eigenes Lied gewidmet hat, was der Vortragende vorlas. Daran schloß sich die Schilderung des Lebens auch anderer Thiere im Winter, ihr Sammeln der Vorräthe, ihr Verbergen u. s. w. So hat zum Beispiel das Eichhäfchen auf mehrere Tage voraus ein Vorgefühl nahenden Unwetters, es verstopft den nach der Wetterseite gelegten Ausgang seiner Höhle und liegt darin tagelang zusammengekrümmt, bis besseres Wetter es wieder hervorlockt. Am besten befindet es sich in Eichen- und Buchenwäldern. Sein Hauptfeind ist der Gelmarder, der es an Gewandtheit und Muth mit allen ihm nicht zu überlegenen Thieren aufnimmt und sehr gefährlich ist. Er liefert das beste Pelzwerk. Außerdem bemerken wir auch noch Rehe im Winterkleide. Keinede Fuchs dagegen hält sich in dem erstlittenen Schlosse Walpartus verborgen. In den Wipfeln der Bäume aber treiben die Meisen ihr Wesen, schlüpfen das Goldbärgchen von Zweig zu Zweig, indessen an den Stämmen die Spechte (nach Hofmaacher die „Republikaner“, nach Andern die Journalisten der Vogelwelt) herumhaden und klopfen und das tiefstverborgene Ungeziefer an den Tag bringen. Am einem benachbarten Leide aber sitzt der Eisvogel mit seinem großen Kopfe und ebenso mächtigen Schnabel, aber kleinen kurzen Schwanz und hält sich eben ein Fischlein aus der unangefrorenen Welle; an anderer Seite sucht sich die Fischotter ihre Beute an den im Eise befindlichen Löchern.

Damit schloß das Bild, da der Herr Vortragende glaubte, seinen Genossen schon zu lange in der winterlichen Natur herumgeführt zu haben und zur Rückkehr nach Hause es Zeit sei.

μ [Geburten und Mortalität.] Im Laufe der lehtverfloffenen Woche sind hierorts polizeilich angemeldet worden: als geboren 98 Kinder männlichen und 99 Kinder weiblichen Geschlechts, zusammen 197 Kinder, wovon 30 außerordentlich; als gestorben 82 männliche und 60 weibliche, zusammen 142 Personen incl. 3 todtgeborener Kinder.

Notizen aus der Provinz. * Glogau. Wie katholische Blätter melden, werden sich an der am Sonnabend zwischen Dr. Braun und Graf Rittberg stattfindenden Wahl die Katholiken nicht betheiligen. (Die Wähler werden doch auf dies Manöver nicht eingehen?) Im Allgemeinen dürfte die Nachricht richtig sein, ein kleiner Theil der katholischen Wähler will jedoch, wie wir hören, auf das Wahrecht nicht verzichten und sich an der Wahl betheiligen. Herr Dr. Braun trifft im Laufe des heutigen Tages hier ein und wird in Friedland, Herrn Dr. Nibau und in Glogau sprechen.

+ Görlitz, unser „Anzeiger“ berichtet: Ein Kaufmann kam etwa um 2 Uhr Nachts nach Hause und fand seine Frau auf dem Bett liegen, schwer stöhnend und ohne Bewußtsein. Sie hatte ihren Mann, wie oft, erwartet und sich schließlich müde auf's Bett gelegt, nachdem sie vorher die Petroleumlampe bis auf ein Minimum heruntergeschraubt. Nur der rasch angemendeten Hilfe war es zu danken, daß größeres Unglück verhütet wurde. Bei heruntergeschraubtem Dochte verbreitete sich, besonders wenn das Petroleum schlecht ist, im Zimmer ein Dunst, der, gemischt mit einer Anzahl von schwarzen Ausfällern, sich so auf Augen, Nase und Athmungsorgane legt, daß man beim Einathmen Gefahr läuft, in bester Form zu erstickten. Tage lang nachher hat man Driden im Kopf und das Aufholen wird schwer; der Versuch von einer Stunde wird den Ungläubigen

zeigen, wie Lichtfächer, Gardinen und alle andere Sachen sich mit Millionen kleiner schwarzer Staubchen bededen. Es ist also rathsam, entweder die Lampe stets hell brennen zu lassen, oder ganz zu verlöschen.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Januar 19. 20.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Außendruck bei 0°	330° 71	330° 34	331° 46
Außwärme	+ 3° 0	+ 3° 0	+ 3° 3
Dunstdruck	2° 77	2° 24	2° 41
Dunstfättigung	68 pCt.	86 pCt.	90 pCt.
Wind	SW. 1	W. 1	SW. 1
Wetter	bewölkt.	bedekt, Regen.	trübe.

Breslau, 20. Jan. [Wasserst. and.] D.-P. 4 M. 56 Cm. U.-P. — M. — Cm. Eis stand.

Kölnner Dombau-Lotterie.

Ziehung vom 16. Januar, Vormittags.			
Nr.	Thlr.	Nr.	Thlr.
1808	20	78767	50
2200	20	78850	50
4748	20	78948	100
5724	20	79136	20
5921	20	80141	20
11754	20	81392	20
12288	20	81896	20
13736	20	83789	20
16295	20	84791	50
16389	20	84945	20
16477	20	84998	200
17533	20	87089	20
18131	20	88742	20
22119	20	94650	100
23554	20	95440	20
24229	20	95799	100
25418	20	96523	20
28659	20	97260	50
32352	20	98157	20
33365	20	101799	20
33369	20	102223	20
33407	100	102293	20
34510	20	105506	20
35392	20	106592	20
35878	20	108269	20
36223	100	108519	20
37187	20	108601	20
38746	20	109283	20
39589	100	113096	20
39405	20	110959	50
41725	100	114450	20
42268	20	115065	50
42855	20	116384	20
43620	100	117662	50
44163	50	117837	200
44774	20	118985	20
45461	20	119336	100
46925	20	121032	20
47027	20	121386	100
47212	100	122056	20
48635	20	122351	20
48925	20	122396	20
49642	200	122456	500
50088	20	122837	50
50522	500	123110	20
50788	20	124191	20
51897	20	127375	20
52311	20	127425	20
52652	50	130262	50
53965	20	130409	20
56791	20	130719	200
59844	50	131219	20
61190	20	131393	20
62280	50	131530	20
62924	20	134068	20
66337	20	146106	20
67703	100	138318	20
67843	100	138417	20
69557	20	139589	20
70072	20	139661	20
71342	50	140475	50
71524	200	141358	20
75305	500	143014	20
75388	100	143331	20
75827	100	144780	20
75912	50	146109	20
76186	20	147593	20
62661	„Herbstmorgen.“	Delgemälde von E. v. Raven in Düsseldorf.	
72133	„Winterlandschaft.“	Delg. von Fr. v. Sandis in Cleve.	
107315	„Lo Spesalizio.“	(Bermählung Maria). Kupferlich von H. Stang in Düsseldorf.	
121848	„Atelier im Kloster.“	Delg. von B. St. Lerche in Düsseldorf.	
151583	„Bemaltes Marmorschild.“	Von Fr. J. Jaeger in Köln.	
151669	„Die h. Familie.“	Delg. von L. Gölke in München.	
166263	„Stender Jünger.“	Delg. von C. Sattler in Cronberg.	
166961	„Ungarische Probiat-Colonne.“	Delg. von J. Kaiser in Düsseldorf.	
180577	„Gänjemark.“	Delg. von Bödelmann in Düsseldorf.	
193107	„Gewitter am Chiemsee.“	Delg. von C. Schweiß in Düsseldorf.	
209125	„Landschaft.“	Delg. von C. Haefner in München.	
213059	„Theure Hotelrechnung.“	Delg. von C. Becker in Düsseldorf.	
219009	„Die Heimkehr.“	Delg. von Prof. R. Jordan in Düsseldorf.	
231662	„Am See.“	Delg. von J. Wosberg in Hannover.	
235488	„Herbstmorgen am Starnberger See.“	Delg. von C. Heilmeyer in München.	
249321	„Puppenspiel.“	Delg. von C. Wagner in Düsseldorf.	
253718	„Das interessante Buch.“	Delg. von J. Voser in Düsseldorf.	
258669	„Ueberrastung auf der Mosel.“	Delg. v. C. Schlesinger in Düsseldorf.	
264090	„Am Aegensee.“	Delg. von H. C. Heyn sen. in Düsseldorf.	
272392	„Schloß Büresheim.“	Delg. von W. Brandenburg in Düsseldorf.	
304524	„Abschied der Brautleute.“	Delg. von G. Simmonds in Düsseldorf.	
313506	„Am Holzplatz.“	Delg. von A. Sarter in Düsseldorf.	
324752	„Näpfe im Haslthale.“	Delg. von A. Kefler in Düsseldorf.	

(Schluß folgt.)

Berlin, 19. Januar. Im gestrigen Privat-Verkehr herrschte bei geringen Umsätzen eine schwache Tendenz. Es wurden gehandelt: Credit 141% — 141%, Lombarden 95% — 95%, Franzosen 197% — 197%, Disconto 169% — 169%, Provinzial 88%, Laura 172%, Dortmunder 81, Türken 41 — 41, Rumänier 36% — 36%.

In Bezug auf die Tendenz war heute keine Beförderung zu constatiren, obwohl die abermalige Discontoherausgabe solche hätte erwarten lassen können. Die Börse begrüßt übrigens in der heutigen geschäftstillen Zeit die Billigkeit des Zinsfußes nichts weniger als freudig, da sie damit auch noch in den eigenen Zinseinnahmequellen aus der Rundschaft geschädigt wird. Auf das heutige Geschäft wirkte indeß meist die Nachricht von dem plötzlichen Tode des Barier Fajens, über den schon während der vorigen Woche ungünstige Gerüchte circulirten, ein, und zwar recht verstimmend. Die weichende Richtung, welche die Course in Folge dessen auf den meisten Gebieten einschlugen, schien aber eine größere Betheiligung am Geschäft zu wecken, wenigstens verheißte sie nicht, auf die Baisse-Speculation belebend zu wirken. Diese wendete sich in erster Linie heute Lombard und Franz, zu und drückte die Course der genannten Effecten durch stärkeres Ausgebot. Dester. Creditaction waren in geringerem Ausmaß, ließen aber auch etwas im Course nach. Für österreichische Nebenbahnen bestand eine recht günstige Meinung, wenigstens brauchten dieselben ihre Notirung nicht zu ermäßigen. Der Verkehr darin hielt sich aber nur in sehr engen Grenzen. Auch auswärtige Fonds haben nur ein ganz geringes Geschäft aufzuweisen und konnten deswegen auch meistens ihre Course unverändert behaupten; nur Türken zeigten sich sehr matt und weichend. Dester. Renten- und Loospapieren blieben völlig vernachlässigt, französische Rente ganz geschäftlos, Amerikaner und Italiener ruhig. Russische Werthpapiere einigermaßen eine Ausnahme, indem russische Bahnen und russ. Prämien-Anleihe durch regere Umsätze ihre Beliebtheit bewiesen.

Preussische Fonds zeigten Neigung in den Börsen nachzulassen und Deutsche Fonds traten in geringen Verlehen. Prioritäten waren dagegen bei sehr fester Haltung zum Theil wenigstens leicht, namentlich waren Preussische bedingt, 4 1/2 procentig meist höher. Der 3 1/2 p. C. gänger in Aktien um, Absehb. 87 1/2. Auf dem Eisenbahnmarkte sind einige Courtermäßigungen zu notiren, besonders bewegten sich die Rhein-Westfälischen in matter Haltung, doch trat zum Schluss eine geringe Besserung ein. Bergische waren ziemlich fest und gingen lebhaft um. Anhalter und Potsdamer anziehend. Von leichtem Bahn-Aktien fand zu erwahnen als beliebte Nebenbahn, Ostpreussische Südbahn, Tammes-Vanden, Lüthich-Simburg und Schweizer Union, Schweizer Westbahn dagegen niedriger. Für Bankaktien war die Stimmung keine sonderlich feste, Disconto-Commandit ziemlich gut behauptet, 168 1/2, desgleichen auch Provinzial-Disconto 88 1/2, ferner Darmstädter, dagegen Preussische Bodencredit, Centralbank für Industrie und andere niedriger. Industriefapier trugen im Allgemeinen eine feste Physiognomie, erfordern jedoch nur geringfügige Umsätze. Bergbauerei nachgebend, Plehner desgleichen, sonst zeigten sich Papiere von Baugesellschaften eher fest. Von Bergwerken ging Donnersmard zu sinkenden Courten, Consolidirte Marie, Kölner Bergwerk und Maßener zu steigenden Notirungen reger um. Dortmunder Union 81, ult. 80 1/2, Laurahütte 172 1/2, ult. 172 1/2 - 71 1/2 - 71 1/2, Gelsenkirchen 128 1/2. (Bank u. S. 3.)

Leipzig, 19. Jan. [Die Leipziger Bank und die sächsische Bank] haben von heute ab den Wechselzins auf 4 1/2 und den Lombardzins auf 6 pCt. herabgesetzt.

Liverpool, 19. Jan. Der Dampfer „Volta“ von der afrikanischen Westküste ist hier eingetroffen.

Berlin, 19. Januar. [Productenbericht.] Roggen zu anziehenden Preisen ziemlich reger Handel auf Termine loco ist der Verkauf bequemer gewesen - Roggenmehl fester, doch wenig belebt. - Weizen animirt und erheblich besser bezahlt. - Hafer loco ruhigt und auf Termine höher. - Rübsöl fest und besser bezahlt. - Spiritus lebhaft und höher.

Weizen loco 72-92 Tblr. pro 1000 Kilogr. nach Qualität gefordert, gelber - Tblr. ab Bahn bez., feiner weißer poln. - Tblr. ab Bahn bez., pr. December-Januar - Tblr. bez., Januar-Februar - Tblr. bez., Februar-März - Tblr. bez., pr. April-Mai 88 1/2 - 89 Tblr. bez., pr. Mai-Juni 88 1/2 - 88 1/2 Tblr. bez., pr. Juni-Juli 88 1/2 - 88 1/2 Tblr. bez., pr. Juli-August 86 1/2 Tblr. bez., neue Waage pr. April-Mai 87 1/2 - 87 1/2 Tblr. bez. - Gefündigt 2000 Ctr. Kündigungspreis 87 Tblr. - Roggen pro 1000 Kilogr. loco 59-70 Tblr. nach Qualität gefordert, russischer 59 1/2 - 61 Tblr. bez., besserer - Tblr. ab Bahn bez., polnischer - Tblr. bez., inländischer 67-69 Tblr., erpusteter - Tblr. ab und frei Bahn bez., pr. December-Januar 62 1/2 - 63 1/2 Tblr. bez., pr. Januar-Februar 62 1/2 - 63 1/2 Tblr. bez., pr. Februar-März - Tblr. bez., pr. Frühjahr 63-63 1/2 Tblr. bez., pr. Mai-Juni 63-63 1/2 Tblr. bez., pr. Juni-Juli 62 1/2 - 63 1/2 Tblr. bez., pr. Juli-August - Tblr. bez., Gefündigt 4000 Ctr. Kündigungspreis 62 1/2 Tblr. - Gerste loco 52-73 Tblr. nach Qualität gefordert, - Hafer pro 1000 Kilogr. loco 50-60 Tblr. nach Qualität gefordert, schlesischer - Tblr. bez., böhmischer 56-59 Tblr., galizischer 50-55 Tblr. bez., ostpreussischer 55-58 1/2 Tblr., westpreussischer 55-58 1/2 Tblr., pommerischer 57-59 Tblr., udmertischer - Tblr. ab Bahn bez., pr. December-Januar - Tblr. bez., pr. Januar-Februar - Tblr. bez., pr. Februar-März - Tblr. bez., pr. Frühjahr 56 1/2 - 57 Tblr. bez., pr. Mai-Juni 56 1/2 - 57 Tblr. bez., pr. Juni-Juli 57 1/2 Tblr. bez., Gefündigt - Ctr. Kündigungspreis - Tblr. - Erbsen: Rothwaare 59-66 Tblr., Futterwaare 53-58 Tblr. bez. - Weizenmehl Nr. 0 pro 100 Kilo Br. unterteuert incl. Sad 12-11 1/2 Tblr., Nr. 0 und 1 11-10 1/2 Tblr. - Roggenmehl Nr. 0 10 1/2 - 9 1/2 Tblr., Nr. 0 und 1 9 1/2 - 8 1/2 Tblr. - Roggenmehl Nr. 0 und 1: pr. December-Januar 9 Tblr. 17 1/2 - 18 Sgr. bez., pr. Januar-Februar 9 Tblr. 16 1/2 - 17 1/2 Sgr. bez., pr. Februar-März 9 Tblr. 15-16 Sgr. bez., pr. März-April 9 Tblr. 15-16 Sgr. bez., pr. April-Mai 9 Tblr. 14 1/2 - 16 Sgr. bez., Mai-Juni 9 Tblr. 15 1/2 Sgr. bez., Gefündigt 2000 Ctr. Kündigungspreis 9 1/2 Tblr. - Delfaaten: Naps - Tblr., Rübsen - Tblr. - Rübsöl per 100 Kilo netto loco ohne Faß 19 1/2 Tblr. bez., mit Faß 20 Tblr. bez., pr. December-Januar mit Faß 19 1/2 Tblr. bez., pr. Januar-Februar 19 1/2 Tblr. bez., pr. Februar-März 19 1/2 Tblr. bez., pr. April-Mai 20 1/2 - 20 1/2 Tblr. bez., pr. Mai-Juni 20 1/2 - 17 1/2 Tblr. bez., pr. September-October 21 Tblr. bez., Gefündigt - Ctr. Kündigungspreis - Tblr. - Keimöl loco 24 Tblr. - Petroleum pro 100 Kilo incl. Faß loco 9 1/2 Tblr. bez., pr. December-Januar 9 1/2 - 9 1/2 Tblr. Gld., pr. Januar-Februar 9 1/2 - 9 1/2 Tblr. Gld., pr. Februar-März - Tblr. bez., April-Mai 9 1/2 Tblr. bez., Mai-Juni - Tblr. bez., pr. September-October 10 1/2 Tblr. bez., Gefündigt - Barrels. Kündigungspreis - Tblr. - Spiritus pro 1000 pCt. loco „ohne Faß“ 21 Tblr. 6 Sgr. bez., „mit Faß“ - Tblr. - Sgr. bez., pr. December-Januar 21 Tblr. 8-10 Sgr. bez., pr. Januar-Februar - Tblr. - Sgr. bez., pr. Februar-März - Tblr. - Sgr. bez., März-April - Tblr. - Sgr. bez., pr. April-Mai 21 Tblr. 15-20 Sgr. bez., pr. Mai-Juni 21 Tblr. 16-24 Sgr. bez., pr. Juni-Juli 22 Sgr. bez., pr. August 22 Sgr. bez., pr. Juli-August 22 Tblr. 7-10 Sgr. bez., Gefündigt 10,000 Liter. Kündigungspreis 21 Tblr. 9 Sgr.

Breslau, 20. Jan. 9 1/2 Uhr Vorm. Der Geschäftsverkehr am heutigen Markte war von keiner Bedeutung, bei mäßigen Zufuhren und unveränderten Preisen.

Weizen keine Qualitäten gut verkauflich, pr. 100 Kilogr. schlesischer weißer 7 1/2 bis 8 1/2 Tblr., gelber 7 1/2 bis 8 1/2 Tblr., feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen in fester Stimmung, pr. 100 Kilogr. 6 1/2 bis 6 1/2 Tblr., feinste Sorte 7 1/2 Tblr. bezahlt.

Gerste fester, pr. 100 Kilogr. 6 1/2 bis 6 1/2 Tblr., weiße 7 bis 7 1/2 Tblr. bezahlt.

Hafer behauptet, pr. 100 Kilogr. 5 1/2 bis 5 1/2 Tblr., feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Erbsen stark offerirt, pr. 100 Kilogr. 5 1/2 bis 6 1/2 Tblr.

Wicken angeboten, pr. 100 Kilogr. 4 1/2 bis 5 1/2 Tblr.

Lupinen sehr fest, pr. 100 Kilogr. gelbe 4 1/2 bis 5 Tblr., blaue 4 1/2 bis 4 1/2 Tblr.

Bohnen offerirt, pr. 100 Kilogr. 6 1/2 bis 6 1/2 Tblr.

Mais vernachlässigt, pr. 100 Kilogr. 5 1/2 bis 6 1/2 Tblr.

Delfaaten unverändert.

Schlaglein sehr fest.

Per 100 Kilogramm netto in Tblr., Sgr., Pf.

Schlag-Leinfaat 7 12 6 8 10 9 7 27 6

Winter-Naps 7 7 6 7 10 7 22 6

Winter-Napsen 7 2 6 7 10 8 22 6

Sommer-Napsen 7 2 6 7 15 8 22 6

Leindotter 6 27 6 7 10 7 25

Rapskuchen matt, schlesische 70-73 Sgr. per 100 Kilogr.

Leinkuchen sehr fest, schlesische 100-103 Sgr. per 50 Kilogr.

Kleeftaat keine Qualitäten gut verkauflich, rothe neu 13-15 1/2 Tblr.

pr. 50 Kilogr., weiße 12-16 1/2 Tblr. pr. 50 Kilogr., hochfeine über Notiz bezahlt.

Thymothee gut gefragt, 8 1/2-11 1/2 Tblr. pr. 50 Kilogr.

Kartoffeln pr. 50 Kilogr. 28 Sgr. bis 1 Tblr., pr. 5 Liter 3 1/4 - 4 Sgr.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolffs Telegr.-Bureau.)

Bern, 19. Jan. Von 100,000 stimmfähigen Bürgern des Cantons Bern haben 70,000 für das vom Regierungsrath vorgeschlagene liberale Kirchengesetz gestimmt, 16,000 dagegen.

Bern, 19. Jan. Der Bundesrath hat heute den Beschlüssen des Ständeraths, daß die öffentlichen Spielhäuser bis Ende 1877 sämtlich geschlossen und alle cantonalen Eingangsgeldern bis Ende 1890 ohne Entschädigung aufgehoben werden sollen, seine Zustimmung erteilt.

Paris, 19. Jan. Das Journal „Univers“ ist wegen der in seiner letzten Nummer erfolgten Publikation des Hirtenbriefes des Bischofs von Perigueux, sowie wegen der in derselben Nummer enthaltenen Artikel auf 2 Monate suspendirt worden.

Paris, 19. Januar, Abends. Das „Journal de Paris“ sagt: Wir werden dem Kampfe Deutschlands gegen den Katholicismus als einfache Zuschauer beizubehören. Unser Interesse gebietet uns, in friedlicher Arbeit uns zu sammeln; wir werden aus unserer Zurückgezogenheit nicht heraustreten. Der „Presse“ zufolge würde der Hirtenbrief des Bischofs von Perigueux ein Verfahren vor dem Staatsrath veranlassen.

Boulevard. Neueste Anleihe 92, 92.

Berliner Börse vom 19. Januar 1874.

Wechsel-Course.		Isenbahn-Stamm-Actien.	
Amsterdam 250 Fl.	10 T. 4 1/2	Divid. pro 1872	1873
do. do.	2 M. 4 1/2	Aachen-Mastricht.	1
Frankfurt 100 M.	2 M. 1/2	Berg-Markische	1
Leipzig 100 T.	3 M. 3/4	Berlin-Anhalt.	17
London 1 Lst.	3 M. 3/4	do. Dresden.	5
Paris 100 Fr.	10 T. 5	Berlin-Görlitz.	3 1/2
Petersburg 100 R.	3 M. 1/2	Berlin-Hamburg.	12
Warschau 100 Z.	3 M. 1/2	Berlin-Nordbahn.	5
Wien 100 Fl.	3 M. 1/2	Berlin-Potsd. Magd.	5
do. do.	2 M. 5	Berlin-Südostbahn.	12 1/2
		Böhm. Westbahn.	14
		Breslau-Freib.	7 1/2
		do. neue	5
		Cöln-Minden.	9 1/2
		do. neue	5
		Cuxhav. Eisenb.	5
		Dux-Bodenbach.	5
		Gal.-Carl-Ludw.	7
		Halle-Sorau-Gub.	0
		Hannover-Altenb.	5
		Kachau-Oderberg.	5
		Kronpr. Rudolphs.	5
		Ludwigsh. Rhod.	11
		Magd.-Leipzig.	8 1/2
		Magd.-Litz.	4
		Mainz-Ludwigsh.	11 1/2
		Niedersch. A. u. C.	13 1/2
		Oberschl. A. u. C.	13 1/2
		do. D.	5
		Oester.-Fr. St. B.	10
		Oest. Nordwestb.	5
		Oester. südl. St. B.	4
		Ostpreuss. Südb.	0
		Rechte-O.-U.-Bahn	4 1/2
		Reichensberg-Pard.	4 1/2
		Rheinische.	3 1/2
		Rhein-Nals.-Eisenb.	0
		Rumän. Eisenb.	3 1/2
		Schweiz-Westbahn.	13 1/2
		Stargard-Posen.	4 1/2
		Thüringer.	9
		Warschau-Wien.	10

Fonds- und Geld-Course.	
Freiw. Staats-Anleihe	4 1/2
Staats-Anl. 4 1/2 pCt.	102 1/2 bz
do. consolid.	105 1/2 bz
do. 4 pCt.	98 bz
Staats-Schuldscheine	3 1/2 bz G.
Präm.-Anleihe v. 1856	122 1/2 bz
Berliner Stadt-Oblig.	102 1/2 bz
Berliner	101 1/2 bz G.
Pommersche	82 1/2 bz
Posenische	91 1/2 bz
Schlesische	82 bz G.
Kur.-u. Neumark	95 1/2 bz G.
Pommersche	85 1/2 bz
Posenische	95 1/2 bz
Preussische	96 1/2 bz
Westfal. u. Rheinl.	98 1/2 bz
Sächsische	97 1/2 bz
Schlesische	96 1/2 bz
Badische Präm.-Anl.	114 G.
Baierische 4 pCt. Anleihe	116 1/2 G.
Cöln-Mind.-Präm.-Ansch.	94 1/2 bz G.

Kurh. 40 Thlr.-Loose	89 1/2 G.
Badische 35 Fl.-Loose	83 1/2 bz G.
Braunsch. Präm.-Anl.	22 1/2 bz.
Oldenburgische 37 1/2 G.	
Louis'or 110 pCt.	Dollars 111 1/2 G.
Sovereigns 62 1/2 G.	Frmd. Bku 94 1/2 G.
Napoleon's 10 pCt.	Oest. Bkn. 88 1/2 G.
Imperialen	Russ. Bkn. 92 G.

Hypotheken-Certificates.	
Kündbr. Cent.-Bod.-Cr.	100 G.
Unkünd. do. (1872)	101 1/2 bz
do. rückbz. a 110	105 1/2 bz
Unk.H.d.Präm.-Bd.-Cr.	99 1/2 bz G.
do. H. Em.	97 1/2 bz
Kündbr. Hyp.-Schuld.	96 1/2 bz
Hyp.-Anl.-Nord-G.-C.B.	101 1/2 bz
Pomm. Hypoth.-Briefe	101 bz
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	106 B.
do. do. II. Em.	103 1/2 bz
Meininger Präm.-Pf.	91 1/2 bz G.
Oest. Silberpandur.	5
do. Hyp. Crd.-Pfandb.	5
Unk.H.d.Präm.-Bd.-Cr.	100 bz G.
Pfandb.-Oest.-Bd.-Cr.	100 1/2 G.
Südd. Bod.-Cred.-Pfandb.	100 1/2 G.
Wiener Silberpandur.	5 1/2

Ausländische Fonds.	
Oest. Silberrente	65 1/2 bz
do. Papierrente	61 1/2 bz
do. Lot.-Anl. v. 60	94 1/2 bz B.
do. 5 pCt. Präm.-Anl.	95 bz B.
do. Credit-Loose	106 1/2 etbz G.
do. 6 pCt. Loose	85 B.
Russ. Präm.-Anl. v. 64	142 1/2 bz
do. do. 1868	138 bz G.
do. Red.-Cred.-Pfandb.	86 1/2 bz
Russ.-Pol. Schatz.-Obl.	82 1/2 bz
Poln. Pfandb. III. Em.	73 1/2 G.
Poln. Liquid.-Pfandb.	67 1/2 etbz G.
Amerik. 5 pCt. Anl. v. 1882	97 bz
do. 5 pCt. Anl. v. 1885	102 1/2 bz
do. 5 pCt. Anleihe	97 1/2 bz
Frankenr. Rente	92 1/2 etbz G.
Ital. neue 5 pCt. Anleihe	93 1/2 etbz G.
Ital. Tabak-Oblig.	95 etbz B.
Russ.-Grasler-Oblig.	75 1/2 bz
Rumänische Anleihe	81 1/2 B.
Türkische Anleihe	101 1/2 a 20 1/2 bz
Ung. 5 pCt. St.-Eisenb.-Anl.	72 1/2 bz
Schwedische 10 Thlr.-Loose	5
Finnische 10 Thlr.-Loose	10 1/2 G.

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.	
Berg-Mark. Serie II.	100 1/2 bz
do. III. v. St.-G.	83 1/2 B.
do. do. VI.	103 G.
do. Nordbahn	100 1/2 B.
Berlin-Görlitz	105 bz
do. do.	98 1/2 bz G.
Breslau-Freib. Litt. D.	97 1/2 bz G.
do. do.	98 1/2 bz G.
do. do. H.	98 1/2 bz G.
Cöln-Minden	91 1/2 G.
do. do. do.	101 1/2
do. do. IV.	91 1/2 bz G.
do. do. V.	91 1/2 bz B.
Halle-Sorau-Guben	100 1/2 G.
Hannover-Altenbeken	99 1/2 G.
Markisch-Posen	102 1/2 G.
Niedersch.-Markische	95 bz
do. do. III.	96 B.
do. do. IV.	96 B.
Oberschl. A. u. C.	83 G.
do. do. do.	91 1/2 B.
do. do. do.	91 1/2 B.
do. do. do.	92 1/2 B.
do. do. do.	100 1/2 G.
do. do. do.	100 G.
do. do. do.	101 G.
do. do. do.	102 1/2 bz
do. von 1873.	91 bz G.
do. Brieg-Neisse	4 1/2
Cosel-Oderb. (Wilh.)	4 1/2
do. do.	4 1/2
do. do.	4 1/2
do. do.	103 1/2 B.
do. Stargard-Posen	91 G.
do. do. II. Em.	100 1/2 B.
do. do. III. Em.	100 1/2 B.
Ndrschl. Zwrg. Litt. C.	100 1/2 B.
do. do. do.	100 1/2 B.
Ostpreuss. Südbahn	103 G.
Rechte-Oderb.-U.	102 1/2 B.
Schlesw. Eisenbahn	99 1/2 B.

Bank-Discont 4 pr. Ct.	
Lombard-Zinsfuß 5 pr. Ct.	
Chemat-Kometau	85 G.
Dux-Bodenbach	84 bz G.
Prag-Dux	57 1/2 bz
Gal.-Carl-Ludw.-Bahn	94 1/2 bz B.
do. do. neue	90 1/2 bz
Kaschau-Oderberg	80 1/2 79 G.
Ung. Nordostbahn	61 1/2 bz B.
Ung. Ostbahn	59 1/2 bz
Lemberg-Czernowitz	66 1/2 bz
do. do. II.	78 B.
do. do. III.	65 1/2 bz G.
Mährische Grenzbahn	70 G.
Mähr.-Schl.-Centralbhn.	45 bz G.
Kronpr. Rudolphs-Bahn	84 1/2 bz
Osterr.-Franzische	289 1/2 etbz G.
do. do. neue	283 1/2 bz B.
do. südl. Staatsbahn	248 1/2 bz
do. do. neue	248 1/2 bz
do. Obligationen	86 1/2 bz G.
Warschau-Wien III.	98 1/2 G.
do. do. IV.	97 1/2 G.

Bank-Discont 4 pr. Ct.	
Lombard-Zinsfuß 5 pr. Ct.	
Baltischer Lloyd	0
Bresl. Bierbrauer.	7 1/2
Bresl. E.-Wagenb.	7 1/2
do. v. Oelfabr.	9
Erz. Spinnere.	9
Görlitz-Eisenb.	9
Hofm.-Wag.-Fab.	6
O.Schl. Eisenb.	14
Schles. Leinwand.	9
S.Aet. Br. (Scholtz)	0
do. Pöwellan	7
Schl. Tuchfabrik	7
do. Wagn.-Anst.	9
Schl. Wollw.-Fabr.	10

Paris, 19. Januar, Abends. Der Befehl Admiral's betreffs der Suspendirung des „Univers“ führt als Grund der Maßregel an: Der Artikel veröffentlichte Documente, die geeignet seien, diplomatische Verwickelungen hervorzurufen.

Verailles, 19. Januar. Die National-Verammlung setzte die Verathung des Mairegesetzes fort; sie lehnte die Amendements des linken Centrums ab, wonach nur im Falle der Demission und Absetzung der Maire's Nichtmitglieder des Municipalrathes zum Maire ernannt werden dürfen, und nahm darauf den Artikel 2 des Gesetzes

mit 363 gegen 328 Stimmen an. Härtens zog seine Interpellation über die innere Lage zurück.

Madrid, 18. Januar. Hier eingetroffenen Nachrichten zufolge sind die ausländischen Banken in der Provinz Burgoß in der Stärke von 3000 Mann vollständig geschlagen worden und haben beträchtliche Verluste erlitten. Der Blutdurst bei Toquella auf der Eisenbahnstrecke von Valencia nach Almansa ist bei der Ausführung von Reparaturen eingeführt. 33 Arbeiter verloren hierbei das Leben.

Dran, 18. Jan. Die „Rumanica“ wird heute Abend unter Begleitung des aus den Fregatten „Bittoria“ und „Carmen“ bestehenden spanischen Geschwaders von dem Hafen Merz-el-Rebir nach Carthagena abgehen.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

(Aus Wolffs Telegr.-Bureau.)

Frankfurt a. M., 19. Januar, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schlußcourse.] Londoner Wechsel 118. Pariser do. 93 1/2. Wiener do. 102 1/2. Frankfurt 343 1/2. Gess. Ludwigsb. 146 1/2. Böhm. Westbahn 227 1/2. Lombarden 165. Galizier 235 1/2. Eisenbahn 226 1/2. Nordwestbahn 200 1/2. Elbthalbahn - do. Prioritäten - Oregon 19 1/2. Creditactien 246. Russ. Bodencredit 86 1/2. Russen 1872 93 1/2. Silberrente 65 1/2. Papierrente 61 1/2. 1860er Loose 94 1/2. 1864er Loose 147 1/2. Ungarische - Raab-Gräzer 78 1/2. Amerikaner der 1882 97 1/2. Darmstädter Bankverein 389. Oesterr. 88. Provinzial-Disconto-Gesellschaft 88 1/2. Brüsseler Bank 101 1/2. Berl. Bankverein 85 1/2. Frankf. Bankverein 89 1/2. do. Wechselbank 82 1/2. Nationalbank 101 1/2. Rheinl. Bank 110 1/2. Hamb. Wechselbank 117 1/2. Continental 92 1/2. Südd. Eisenbahn-Gesellschaft - Hibernia 98. 1854er Loose - Schiffliche Bank -

6 1/2 ungarische Schatzanweisungen 87 1/2. Markt und unbedeutend auf Meldungen aus Berlin und Paris. Bahnen still, Buchdruckerei weichend 130 1/2, Banken theilweise niedriger, Prioritäten beliebt.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 246. Franzosen 343 1/2. Lombarden 165 1/2. Silberrente 65 1/2. Anhang.

Frankfurt a. M., 19. Januar, Abends. [Effekten- & Societät.] Amerikaner 97 1/2, Creditactien 246 1/2, 1860er Loose - Franzosen 343 1/2, Galizier 235, Lombarden 165 1/2, Silberrente 65 1/2, Provinzial-Disconto-Gesellschaft 88 1/2. - Sehr fest, trotz matterer Pariser Course. Hamburg, 19. Januar, Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger Staats-Präm.-Anleihe 105. Silberrente 65 1/2. Oesterr. Creditactien 210. do. 1860er Loose 94 1/2. Nordwestbahn - Franzosen 733. Lombarden 352. Italienische Rente 58 1/2. Vereinsbank 120 1/2. Laurahütte 170 1/2. Commerzbank 94 1/2. do. II. Em. - Norddeutsche Bank 139 1/2. Provinzial-Disconto-Bank - Anglo-deutsche Bank 65. do. neue 78. Dänische Landmannbank - Dortmunder Union 80 1/2. Wiener Unionbank - 64er Russ. Präm.-Anleihe - 66er Russ. Präm.-Anleihe - Amerikaner der 1882 93 1/2. Rheinl.-St.-Actien 138. Rhein. Eisenbahn-Stamm-Actien 136. Vergleich-Markische 98. Disconto 3 pCt. - Markt.

Hamburg, 19. Jan. [Getreidemarkt.] Weizen loco fest, auf Termine fester, Roggen loco fester, auf Termine still. Weizen pr. 126 pCt. pr. Jan. pr. 1000 Kilo netto 245 Br., 244 Gd., pr. Jan.-Febr. pr. 1000 Kilo netto 245 Br., 244 Gd., pr. Febr.-März pr. 1000 Kilo netto 246 Br., 245 Gd., pr. April-Mai pr. 1000 Kilo netto 267 Br., 266 Gd. - Roggen pr. Jan. 1000 Kilo netto 195 Br., 194 Gd., pr. Januar-Februar 1000 Kilo netto 195 Br., 193 Gd., pr. Febr.-März 1000 Kilo netto 195 Br., 193 Gd., pr. April-Mai 1000 Kilo netto 194 Br., 193 Gd. - Hafer fest. Gerste still. Rübsöl fest, loco u. pr. Jan. 62 1/2, pr.